

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Preussischland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. Mai 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Parteiorganisation.

Der Entwurf zu dem neuen Organisationsstatut ist in der Parteipresse schon ziemlich ausgiebig erörtert worden, während aus den Organisationen selbst noch keine Stimmen dazu laut geworden sind. Die Kritik war aber erstlichstweise im allgemeinen sachlich und von dem Geiste der Brüderlichkeit getragen, dessen Fehlen gerade bei der Diskussion eines neuen Organisationsstatuts den auffälligsten Widerspruch bilden dürfte. Die schönste Organisation, die nach den unanfechtbarsten Grundgesetzen noch so plänmäßig aufgebaut wäre, könnte und nichts nützen, wenn nicht brüderlicher Geist die Mitglieder erfüllte. Die echte Demokratie kann ohne Gemeinsinn nicht existieren und dessen Objekt ist in einer politischen Partei die gegenseitige Rücksichtnahme ihrer Mitglieder aufeinander, die auch bei auseinandergehenden Meinungen nie vergißt, daß gleiches Streben und verbindet, daß wir in den Grundgesetzen einig sind und daß jeder das Beste der Partei fördern will. Dieses gegenseitige Vertrauen ist zum gemeinsamen erfruchtlichen Kampfe unerlässlich; es kann durch keine Disziplin ersetzt werden.

Als sich die Partei im Jahre 1890 wieder eine offizielle Organisation zu schaffen begann, da waren die Diskussionen nicht immer so sachlich. Verleumdendes Mißtrauen und Verdächtigung bester Absichten trat in der Kritik der von der Parteileitung gemachten Vorschläge mehrfach hervor, nicht zum Vorteil der Sache. Es ist nie ganz zurückgetreten. Im ganzen aber kann, wie gesagt, konstatiert werden, daß gegenwärtig die Kritik sachgemäßer geführt wird als je. Und auch das kann konstatiert werden, daß, obwohl kaum eine der vielen durch den neuen Organisationsvorschlag aufgeworfenen Fragen unerörtert und kaum eine der vielen Einzelheiten unangefochten geblieben ist, doch auch in den Grundgedanken eine weitgehende Uebereinstimmung hervorgetreten ist.

Die neu geeinte Partei gab sich im Jahre 1875 auf dem Einigungskongreß in Gotha ein Organisationsstatut, das noch ganz den Charakter eines Vereinsstatuts trug. Die Partei, die damals rund 25 000 organisierte Mitglieder zählte bei rund 350 000 Reichstagswählerstimmen, bildete tatsächlich eine Art Verein mit zentralistischer Vertretung. Die Delegierten auf dem Parteitage galten nur als Vertreter einer Anzahl Parteigenossen. Kein Delegierter, so war bestimmt, darf mehr als 400 Stimmen vertreten. Abgesimmt sollte werden nach der Anzahl der von einem Delegierten vertretenen Stimmen. Ausschluß aus der Partei war Sache des Vorstandes mit dem Rechte der Verurteilung der Ausschließenen an einen Ausschuß und den Parteitag. Die Redakteure, Expedienten und ständigen Mitarbeiter der offiziellen Parteiblätter hatte der Parteitag zu wählen. Eine ganze Anzahl kleinerer Bestimmungen des Statuts wiesen noch auf den Vereinscharakter hin.

Dieses Statut bestand allerdings nicht einmal ein Jahr; nicht weil es der Partei, sondern weil es der Polizei un bequem war. Die preussische Polizei schloß den Verein und es trat deshalb 1876 nicht ein Parteitag „der deutschen Arbeiterpartei“, sondern ein allgemeiner Sozialistenkongreß zusammen. Die Partei hatte keine offizielle Organisation mehr; nichtsofortwährender Bestand sie. Es wurde in Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen ein „Zentral-Wahlkomitee“ aus fünf Personen gebildet und diesem „diktatorische Gewalt“ übertragen. Unter der Herrschaft dieser diktatorischen Gewalt stieg die Zahl der sozialdemokratischen Wahlstimmen von 351 670 im Jahre 1874 auf 498 447 im Jahre 1877. Auf dem nach den Wahlen von 1877 abgehaltenen Sozialistenkongreß wurde auf Vorschlag des zur Prüfung der Organisationsfrage eingesetzten Komitees beschlossen:

„Mit Rücksicht auf die von preussischen Behörden förmlich proklamierte völlige Rechtslosigkeit sozialistischer Vereine nimmt der Kongreß von der Herstellung irgend einer Organisation der Partei Abstand, auf welche die in Deutschland, besonders in Preußen bestehenden Vereinsgesetze angewendet werden können; der Kongreß überläßt es den Parteigenossen an den einzelnen Orten, sich je nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen zu organisieren.“

Es wurde nur wieder ein Zentral-Wahlkomitee gebildet. So hat die Partei bis 1890 existiert und es dabei auf 1 1/2 Millionen Wähler gebracht.

Als die Aufhebung des Vereinsgesetzes der Partei es ermöglichte, sich wieder eine offizielle Organisation zu geben, da dachte man nicht mehr daran, die große politische Partei in einen Verein einzuzwängen. Die bestehenden Vereinsgesetze mit dem Verbindungsverbot und der entsprechenden politischen Rechtsauslegung zwangen übrigens zur Vorsicht; die sozialistengesetzlichen Erfordernisse hatten aber auch gelehrt, wie die Parteigeschäfte allem polizeilichen Spürsinn zum Trost geführt werden konnten. Charakteristisch für die neue Organisation war das System der Vertrauensmänner, die Einheit von Vorstand und Kontrolleuren unter dem Namen Parteileitung und die Bestimmung, daß über die Zugehörigkeit zur Partei die Genossen am Orte zu entscheiden haben.

Der föderative Charakter unserer Parteiorganisation hat sich ganz von selbst, den politischen Zuständen des Reiches entsprechend, unmerklich zu entwickeln begonnen mit dem Verbot der Organisation von 1875.

Die 1890 geschaffene Organisation blieb unverändert bis zum Parteitage in Mainz 1900. Den Hauptanlaß zur Veränderung bildete die Abschaffung des Verbindungsverbotes. An Stelle des ehemaligen Gesamtvereins waren, nachdem das Vereinsgesetz gefallen, zahlreiche selbständige Einzelvereine getreten. Nachdem das lächerliche Verbindungsverbot beseitigt war, konnten sie auch formell mit-

einander in Verbindung treten. Und da die Vereine immer deutlicher als die unentbehrlichen Axt des Partei erkannt wurden, war auch, sobald die Möglichkeit dazu gegeben war, ihre Anerkennung als Grundlage der Partei nötig. Ganz tat man diesen Schritt in Mainz allerdings noch nicht, es wurde aber freigegeben, die Vertrauensmänner, die vorher nur in öffentlichen Versammlungen gewählt werden durften, nun auch in Vereinsversammlungen zu wählen. An Stelle der gemeinsamen Parteileitung trat nun der Parteivorstand und die von ihm getrennte Kontrollkommission, die ja jetzt ungestraft miteinander in Verbindung treten durften. Außerdem wurde die Einrichtung des Schiedsgerichts geschaffen, das über etwaigen Ausschluß aus der Partei zu befinden hat.

Einen tüchtigen Schritt vorwärts auf dem Wege zu festerer Zusammenfassung der Parteikräfte soll das neue Statut tun. Sein Grundgedanke ist nicht, wie eilige meinen, die zentralistische Vereinsorganisation, sondern die föderative Zusammenfassung der bestehenden Einzelorganisationen auf der Grundlage der lokalen Vereine.

Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstags-Wahlkreis der sozialdemokratische Verein.

Die sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden und Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt.

Diese Bestimmungen der §§ 7 und 8 geben der neuen Organisation ihren Charakter und sie haben ziemlich allgemeine Zustimmung gefunden. Einige Stimmen haben sich dagegen erhoben, weil sie in den Vorschlägen einen Schritt zur Zentralisation zu sehen glauben. Diese Befürchtungen sind, wie gesagt, ganz grundlos; wird doch den Landesverbänden als Einheit die selbständige Führung der Parteigeschäfte übertragen, womit gerade das Kennzeichen der gewordenen föderativen Organisation in aller Form anerkannt wird.

Einzelne haben allerdings eine zentralistische Organisation gefordert, doch haben sie dabei politisch-historische Erwägungen allgütig aus dem Spiele gelassen und sich rein von formalistischen Organisationsprinzipien leiten lassen. Da indessen die Absichten auch dieser Zentralisten nur darauf gerichtet sind, die Gesamtpartei finanziell und politisch leistungsfähiger zu machen, so werden sie sich bei der jetzt vorgeschlagenen Form beruhigen. Sie scheitern in der Tat geignete, die Leistungsfähigkeit der Partei ganz erheblich zu steigern. Daß die Einzelorganisationen verpflücht werden, einen bestimmten Teil ihrer Einnahmen an die Zentralkasse zu leisten, ist allgemein als berechtigt und notwendig anerkannt worden, nur über die Höhe dieses Teiles wird gestritten. Der vorgeschlagene Mindestsatz von 25 Proz. ist vielfach als zu hoch bezeichnet worden, von einzelnen dagegen auch als zu niedrig. Die Stimmen, die eine Herabsetzung des Mindestsatzes fordern, scheinen jedoch bedeutend zu überwiegen und man kann sich auch der Erwägung nicht verschließen, daß, wenn dieser Satz bestehen bleibt, der Vorstand gezwungen sein dürfte, die Ausnahmebestimmung, wonach er einzelnen Kreisen im Bedarfsfalle mehr als 75 Proz. ihrer Einnahmen zu eigener Verwendung überlassen darf, zur Regel werden zu lassen. Die lokale Agitation, auf der am Ende doch das Wachstum der Organisationen beruht, erfordert in den meisten Kreisen die erheblichsten Aufwendungen. Nur einzelne Großstadtkreise sind in der Lage, da mit verhältnismäßig geringen Aufwendungen auszukommen. Sie werden auch, wie bisher schon, diesen Mindestsatz der Leistungen an die Zentralkasse überschreiten. Die Zentralkasse wird aber auch bei Ansetzung eines geringeren Mindestsatzes erheblich gestärkt werden gegen jetzt.

Die Vorschriften über das Verfahren beim Ausschluß aus der Partei sind nicht prinzipiell geändert, sondern nur vervollkommen worden. Die Kritik hat sich hier auch nur auf die Einzelheiten geworfen, während das Prinzip, daß ein Schiedsgericht entscheiden soll, unangefochten geblieben ist. Es ist demängelt worden, daß der Ausschluß aus der örtlichen Organisation dem Ausschlusse aus der Gesamtpartei gleich sein soll. Das folgt jedoch notwendig aus dem Prinzip, daß der örtliche Verein die Grundlage der Organisation bildet und nur zwingende Gründe von der Zugehörigkeit zum Verein befreien. Es muß außerdem etzogen werden, daß die Zugehörigkeit zum örtlichen Verein nicht bloß eine Pflicht, sondern auch ein Recht bedeutet. Die übergroße Mehrzahl der Genossen kann nur wirken im Rahmen des örtlichen Vereins. Die Mitwirkung an den Parteigeschäften ist aber unbestreitbar ein wichtiges Recht in einer demokratischen Organisation, das jedem zustehen muß, der als Parteigenosse anerkannt wird. Viele sonst gegen die schiedsgerichtlichen Vorschriften erhobenen Einwände sind auf die irreführe Voraussetzung zurückzuführen, daß dieses allgemeine Parteigericht über alle und jede Streitigkeit zwischen zwei Parteigenossen zu entscheiden berufen wäre. Das soll es selbstverständlich nicht. Wird doch der ganze Abschluß eingeleitet mit den Worten: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht.“ Streitigkeiten zwischen Parteigenossen, bei denen der Ausschluß aus der Partei nicht in Frage kommen kann, gehören gar nicht zur Kompetenz dieses Schiedsgerichts. Mit ihnen soll die Gesamtpartei nicht beunruhigt werden. Die Schlichtung solcher Streitigkeiten muß den lokalen Organisationen überlassen bleiben. Daher ist die neue Vorschrift, daß ein Antrag auf Ausschluß nur von einer Organisation ausgehen kann, ganz korrekt. Nicht der einzelne, sondern nur eine Organisation, ein Glied der Föderation, kann die Zugehörigkeit eines Genossen zur Partei in Frage stellen; die Entscheidung aber ist durch das Gericht aus der Sphäre lokaler Streitigkeiten herausgehoben. Sie ist eine Angelegenheit der Gesamtpartei.

Wegen die neue Vorschrift, daß der Parteivorstand über Differenzen entscheidet, die bei der Aufstellung von Reichstags-

Kandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und der Bezirks- oder Landesorganisationen entstehen, sind bis jetzt kein Einwendungen erhoben worden. Wie die Vorschrift gefaßt ist, wahr auch sie den föderativen Charakter der Organisation. Es ist zunächst Sache der Bezirks- oder Landesorganisationen, bei der Aufstellung von Reichstags-Kandidaturen auf die Wahrung des allgemeinen Parteinteresses zu achten und nur wenn da keine Einigung erzielt wird, soll der Parteivorstand als letzte Instanz entscheiden. Da Parteivorstand ist natürlich für alle seine Handlungen dem Parteitage der Gesamtpartei verantwortlich. Im vorigen Jahre ist bei Gelegenheit des Falles, der den Anlaß zu der neuen Bestimmung gegeben hat, im Interesse der Demokratie von einigen Seiten sehr energisch der Autonomie der Wahlkreise das Wort geredet worden. Autonomie, streng genommen, ist der Gegensatz von Organisation. Organisation hat Gemeinsamkeit zur Voraussetzung. Es kann sich deshalb nur um das mehr oder weniger von Autonomie der einzelnen Glieder handeln und unter diesem Gesichtspunkte kann nicht bestritten werden, daß die Auswahl der Kandidaten für den Reichstag weit mehr eine Sache der Gesamtpartei als der einzelnen Organisationsglieder ist. Unsere Reichstags-Abgeordneten sollen nicht Wahlkreispolitiker, sondern sozialdemokratische Parteipolitiker treiben. Die dem Parteivorstand zu überweisende letzte Entscheidung im Falle von Streitigkeiten unter der Voraussetzung der entscheidenden Mitwirkung der Bezirks- oder Landesverbände bei der Aufstellung der Kandidaten läßt deshalb den untersten Organisationsgliedern genügend Spielraum zur Berücksichtigung lokaler Bedingungen. Die allgemeinen Parteinteressen müssen immer über den lokalen Interessen stehen.

Der heftigste Kampf ist entbrannt um die Frage der Fraktionsvertretung auf dem Parteitage. Man streitet darüber, ob die Fraktion, wie bisher, ganz oder nur durch eine Delegation (ein Viertel) auf dem Parteitage vertreten sein soll. Die meisten der bisherigen Neuerungen zur Sache gehen dahin, daß nur ein Viertel der Fraktion auf dem Parteitage vertreten sein soll. Man fürchtet ein Ueberwuchern des Parlamentarismus und des Einflusses der unorganisierten, unkontrollierbaren Wählermasse in der immer stärker werdenden Fraktion. Diese Gefahr wird wohl etwas überschätzt. Man überträgt die Erfahrungen mit dem schlechten Beispiel bürgerlicher Demokratie allzu schematisch auf die sozialdemokratische Partei. Es ist zu erwägen, daß bei uns die Auswahl der Kandidaten Sache einer geschlossenen proletarischen Organisation ist und es mit der Stärkung der Organisation immer mehr wird, und daß ferner durch die neue Vorschrift über die Mitwirkung der Landesorganisationen oder am Ende des Parteivorstandes der Einfluß der organisierten Partei auf die Auswahl der Kandidaten noch größer wird. Wenn die Gefahr des Ueberwucherns des Parlamentarismus in der Partei überhaupt in Erwägung zu ziehen ist, so liegt sie wohl kaum in der Frage der Fraktionsvertretung auf dem Parteitage. Entscheidet man sich jedoch dafür, nur einen Teil der Fraktion offiziell zum Parteitage zuzulassen, so braucht man darin noch keine Degradierung der Fraktion zu sehen. Den einzelnen Fraktionsgenossen ist es unbenommen, ein Mandat als Delegierte zu erlangen. Das Statut von 1875 ließ sogar den Parteivorstand und die Kontrollkommission nicht vollständig, sondern nur durch Abordnungen zum Parteitage zu, ohne daß diese Organe sich dadurch degradieren gefühlt hätten. Besoldete Parteibeamte durften überhaupt nicht zum Parteitage delegiert werden.

Man hat auch 1890 um die Frage des Einflusses der Fraktion auf die Partei gestritten. Damals war aus vereinsgesetzlichen Erwägungen vorgeschlagen worden, der Fraktion die Befugnisse der Kontrollkommission zu übertragen. Man befürchtete indes von dieser Einrichtung ein Ueberwuchern des Parlamentarismus, während man in den organisationslosen Zeiten der Fraktion noch größeren Einfluß zugehört hatte. Von der Teilnahme der gesamten Fraktion am Parteitage befürchtete man gar nichts. Im Statut von 1875 ist wiederum von einer Teilnahme der Fraktion am Parteitage überhaupt nicht die Rede. Das alles zeigt doch, daß man weder die eine noch die andere Lösung, die die Frage schließlich finden wird, als Lebensfrage der Partei anzusehen braucht.

Es sind noch an vielen Einzelheiten des Entwurfs Ausstellungen gemacht worden, die zum Teil Schönheitsfehler betreffen und bei der endgültigen Feststellung des neuen Statuts wohl berücksichtigt werden können. Das wird Sache einer Kommission sein, die nach der Beratung auf dem Parteitage zur letzten Redaktion wohl nochmals zusammenzutreten wird, dann aber ist es wahrscheinlich, daß der Parteitag den auf diesem Wege vervollkommenen Entwurf ebenso einmütig beschließen wird, wie das bei den bisherigen Organisationsänderungen der Fall war. Ob diese oder jene Einzelheit dann noch vielleicht hätte besser gemacht werden können, wird weniger ins Gewicht fallen; das wichtigste ist der Geist, mit dem die Genossen ihre Organisation erfüllen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Mai.

Die beseitigte Oeffentlichkeit.

Seit geraumer Zeit mehrten sich die Fälle, in denen die Militärgerichte die Oeffentlichkeit in ihren Verhandlungen ausschließen. Kaum irgend ein anderer Fall aber dürfte den gegenwärtigen Zustand der Militärjustiz schärfer kennzeichnen, als die Ausschließung der Oeffentlichkeit, die aus Saarburg gemeldet wird.

Der Aufrehrprozess gegen eine Anzahl Soldaten vor dem Kriegsgericht im Februar dieses Jahres ist öffentlich geführt worden. Es wurden fünfjährige Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verhängt.

Die Verichte des damaligen Prozesses ließen es für den unbeteiligten Beobachter überaus zweifelhaft erscheinen, ob die Verurteilung, die den Auftragsparagrafen erfüllen, wirklich vorhanden waren. Zugleich aber verstärkte die Verhandlung die weit verbreitete Ueberzeugung, daß, wenn auch die juristischen Merkmale des Auftrags gegeben wären, die durch das Gesetz vorgeschriebene Strafmaß ungeheuerlich sind. Gerade auch die Vorgänge vor dem Saarburger Kriegsgericht haben dazu beigetragen, daß im März dieses Jahres der Reichstag sich wiederum eindringlich mit der Revision des Militär-Strafgesetzbuches beschäftigt hat. Die Öffentlichkeit des Verfahrens gab die Möglichkeit der Kritik, die Möglichkeit der Reform. Auf Grund öffentlich geführter Kriegsgerichtsverhandlungen stand auch eine große Mehrheit des Reichstages in der Erkenntnis zusammen, daß die Strafmaß des Militär-Strafgesetzbuches, soweit es sich um Vergehen von Untergebenen gegen Vorgesetzte handelt, unhaltbar sind und der Milderung bedürfen. Am 21. März wurden im Reichstag Resolutionen, die diesen Wunsch an die Regierung ausdrückten, mit großer Mehrheit angenommen.

Daher erschien es selbstverständlich, daß die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht gleichfalls öffentlich geführt würde. Niemand konnte erwarten, daß das Oberkriegsgericht plötzlich die Türen schließen werde.

Jedoch es begibt sich, daß das Oberkriegsgericht, dessen Sitz in Straßburg ist, das aber seine Verhandlungen nach Saarburg verlegt hat, die Öffentlichkeit ausschließt. Kaum war die Verhandlung eröffnet und die Verlesung der Zeugen erfolgt, so verkündete der Verhandlungsleiter, anscheinend ohne vorherigen Antrag des Anklagevertreters: „Vorher in die Verhandlung eingetreten wird, wird sich das Gericht darüber schlüssig machen, ob die Öffentlichkeit wegen Gefährdung militärischer Interessen auszuschließen sei.“ Nach einhalbstündiger Beratung wurde der Beschluß erlassen: „Ausschluß der Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung wegen Gefährdung militärischer Interessen. Das Gericht behält sich noch vor, über den Ausschluß der Öffentlichkeit während der Urteilsbegründung zu beschließen.“ Der Zuschauerraum mußte geräumt werden, die Presse mußte ihre Tätigkeit einstellen, die gesamte Verhandlung wurde hinter geschlossenen Türen geführt, die deutsche Öffentlichkeit erfährt nichts von den Ergebnissen der Verurteilung, sie ist nicht in der Lage, sich eine Meinung zu bilden über das Urteil und über das Strafmaß, welches demnach das Gericht gegen die angeklagten Soldaten verhängen wird.

„Gegen Gefährdung militärischer Interessen!“ Das Gericht behauptet es und das deutsche Volk muß es glauben. Eine Begründung zu geben, warum militärische Interessen gefährdet sein sollen, hat das Gericht keinerlei Verpflichtung. Das Kriegsgericht hat öffentlich verhandelt und nichts von Gefährdung militärischer Interessen gewußt. Es ist auch nach Schluß der erstinstanzlichen Verhandlung nichts zutage getreten, was auf eine solche Gefährdung deuten könnte. Im Gegenteil, wir haben von der Öffentlichkeit nur die eine segensreiche Folge erfahren, daß die Mängel des Militär-Strafgesetzbuches den weitesten Kreisen des Volkes betruht worden sind. Vor allem ist durch die Öffentlichkeit vor dem Kriegsgerichte bekannt geworden, daß der Anklagevertreter selbst sich gegen die betreffenden Bestimmungen des Militär-Strafgesetzbuches ausgesprochen hat. Der Anklagevertreter sagte damals:

„Die Strafen seien ungeheuerlich hoch und deswegen wolle er das Leugnen der Soldaten nicht als Straferleichterung ansehen. Diese Auftragsparagrafen entsprechen längst nicht mehr den heutigen Verhältnissen; ich bin der Meinung, daß dem Richter mehr Spielraum hinsichtlich der Strafe nach unten gelassen werden müßte.“

Diese Äußerung des Anklagevertreters war allerdings geeignet, die Kritik des Militär-Strafgesetzbuches im Reichstage zu unterstützen. Glaubt vielleicht das Oberkriegsgericht jetzt, daß eine „Gefährdung militärischer Interessen“ vorliegt, wenn derartige Ausführungen zur allgemeinen Kenntnis gelangen?

Wenn in einem Fall, wie dem Saarburger, die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, so ist die Nichtöffentlichkeit der Militärgerichte zum System erhoben. Was nach dem Gesetz eine Ausnahme sein sollte, wird zur Regel, was Regel sein sollte, wird zur Ausnahme. Die Öffentlichkeit des militärischen Verfahrens sollte der wesentlichste Fortschritt der neuen Militär-Strafprozessordnung sein. Durch die jegliche Praxis der Militärgerichte wird dieser Fortschritt vollständig aufgehoben.

Gegen dieses, die Interessen des Heeres wie die Interessen des Volkes in gleicher Weise schädigende Verfahren der Militärjustiz muß auf das allerentschiedenste protestiert werden!

Wie schwer es den Militärärzten gemacht wird, die Öffentlichkeit des Verfahrens durchzuführen, wissen wir allerdings nur zu gut. Die Folgen jener kaiserlichen Kabinettsorder, welche im bekantem Forbacher Fall erging, zeigt sich stets verhängnisvoller. Die Militärärzte des Miße-Prozesses hatten sich durch die Nichtöffentlichkeit der Öffentlichkeit den Unwillen des höchsten Kriegsherrn zugezogen und es erging jene Kabinettsorder, in der der Kaiser diesen Militärärzten in schroffer Form sein „Vespremen“ aussprach, daß sie von dem Ausschluß der Öffentlichkeit Abstand genommen haben, obgleich die Voraussetzungen dafür gegeben gewesen wären. Seit jener Kabinettsorder ist der unheilvolle Zustand eingetreten. Welcher Deutnant oder Hauptmann oder Major will sich der Gefahr aussetzen, durch sein Verhalten als Militärarzt das Vespremen seiner höheren und höchsten Vorgesetzten zu erregen, von denen die gesamte Karriere und die Existenz abhängen! Es muß die Reue wachsen, den Ausschluß der Öffentlichkeit in allen Fällen vorzunehmen, wann nur immer die entfernteste Möglichkeit besteht, daß ein Vorgesetzter diesen Ausschluß als erforderlich halten könnte. Dieser Zustand führt in den Kern der Unzulänglichkeiten unserer Militärjustiz. Den Militärärzten fehlt die Unabgängigkeit, um völlig frei von jeder Nebenabsicht, allein nach ihrem Gewissen und ihrer Ueberzeugung ihre Tätigkeit in den Kriegsgerichten zu üben.

Es wird in den allerweitesten Kreisen des deutschen Volkes die größte Mißbilligung finden, daß ein Prozeß, wie der Saarburger, hinter verschlossenen Türen abgehandelt wird und der Allgemeinheit jede Möglichkeit einer Urteilsbildung über die Vergehen der Angeklagten, über das Erkenntnis des Gerichtes sowie über etwaige dabei zutage tretende Uebelstände in der Armee sich zu schaffen. Dieser Saarburger Fall ist wahrlich geeignet, auch dem nachsichtigsten die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes der Militärjustiz offenbar zu machen! —

Fitzgeralds Drohen

wurde, wie wir voraussehen, von der Londoner Regierung abgelehnt. Der Regierung muß natürlich eine „offene Ansprache“ über den baldigen Krieg zwischen Deutschland und England, wie sie Fitzgerald unternahm, unangelegen sein. Man schüttelt daher den unbedachtigen Admiral durch eine offiziöse Note der „Daily Mail“ ab:

Als pensionierter Admiral kann Fitzgerald für seinen Artikel nicht bestraft werden, obwohl dieser eine höchst beklagenswerte Wirkung haben wird, da er die jüngst zum Ausdruck gekommene deutsche Ansicht, England plane einen plötzlichen Angriff auf

Deutschland, unterstützt. Der bündige Beweis dafür, daß England nicht an Krieg denkt, liegt in der Tatsache, daß sein diesjähriges Flottenbauprogramm gegenüber zwei deutschen nur ein Schlachtschiff enthält. Admiral Fitzgeralds Drohungen, so schließt die Note, werden von allen verständigen Engländern zurückgewiesen werden.

Diese Note zeigt aber gerade, wie bössartig dies gegenseitige Mißtrauen entwickelt ist. Sie spricht von einer „deutschen Ansicht“, daß England einen plötzlichen Angriff auf Deutschland plant. Ebenso ist aber die Tatsache nicht zu leugnen, daß keineswegs alle Engländer „verständlich“ sind, daß vielmehr die Fitzgeralds recht verbreitet sind, welche die „englische Ansicht“ bezogen, in Deutschland gebe es bedrohliche Pläne gegen England. Fitzgeralds Drohworte bleiben ein bemerkenswertes Symptom englischer Stimmungen und zeigen, wozu die gegenseitige Ueberbietung in maritimen Rüstungen führt.

Interessant ist es, die Meinung der radikalen Blätter „Star“ und „Morning Leader“ zu hören; sie veröffentlichen einen Leitartikel, in dem ausgeführt wird:

Der Artikel des Admirals Fitzgerald spiegelt in keiner Weise die englische Anschauung. Die Engländer glauben nicht, daß Deutschland an den Versuch denkt, unsere Existenz zu untergraben oder zu bedrohen, wir glauben nicht, daß ein Krieg mit Deutschland unvermeidlich ist. Der deutschen Seite ist zu empfehlen, über Admiral Fitzgeralds Quantität zu lächeln, wie die englische Presse darüber lächelt. Der Fitzgerald so gut kennt wie man ihn in England kennt, würde ihn nicht ernst nehmen.

Es ist für beide, für England wie für Deutschland kaum in der Welt und an der Sonne. Deutschland hat das Recht sich auszuweihen, es hat ebenso das Recht, eine so große Flotte zu bauen wie es vermag. Warum sollen wir die deutsche Kriegsmacht als Drohung gegen uns in irgendwie höherem Maße ansehen als Deutschland unsere Kriegsmacht als Drohung gegen sich? Es herrscht allzu viel Freigebigkeit auf beiden Seiten.

Wir sind nicht geneigt, in schlafloser Nacht vor deutschen Jaztrigen in Marokko und anderswo zu erschauern. Die beiden Nationen sollten in Freundschaft leben und sie werden in Freundschaft leben, sobald nur die chauvinistischen Politiker und die chauvinistische Presse sie in Ruhe läßt.

Die Absicht solcher Auslassungen ist löblich gegenüber den erregten Drohungen von dieser und jener Seite des Kanals, die sich gegenseitig steigern. Aber Erfolg der Veruhigung und wahrhafte Friedenssicherung gewähren sie nicht. Man wird die chauvinistischen Politiker taub und die chauvinistische Presse unempfindlich finden, so lange nicht durch gemeinsames Wirken der beiden großen Nationen den kriegerischen Rüstungen selbst Halt geboten wird. —

Marokko.

Wie der Marokkistreit gelöst werden soll, bleibt noch immer das Geheimnis der Diplomatie, deren unerforschlicher Weisheit das Geschick der Nationen überantwortet ist. Die Regierungen schweigen, die Offiziere schweigen; und die Zeitungen, deutsche wie ausländische, die den Anschein erwecken wollen, als wählten sie irgend etwas, ergeben sich in allerlei Originalkorrespondenzen, deren eine die andere übersteigt.

Aus Paris wird den „Times“ gemeldet, daß der Versuch Deutschlands, die Einberufung einer Marokkonferenz herbeizuführen, vollständig mißlungen ist. Die deutsche Regierung beschränkte sich jetzt auf einen Gedankenaustrausch mit anderen Regierungen. Frankreich, England und Spanien seien aber unerschütterlich abgeneigt, den deutschen Forderungen nachzugeben.

Wenigerstens als diese allgemeinen und den Wünschen der französischen Regierung angenehmen Behauptungen erscheinen zunächst die Mitteilungen, die aus Fez kommen, aber die nun erfolgte Stellungnahme des Sultans zu dem französischen Reformprogramm. Der Korrespondent des „Matin“ in Tanger depliziert seinem Blatt: „Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß der Maghzen die Notwendigkeit der von dem französischen Vorschlag vorgeschlagenen Reformen einleht, aber zu ihrer Verwirklichung nur den Weisand aller europäischen Mächte, nicht den Frankreich allein annehmen will.“

Käheres hierüber erfährt der „L. A.“. Danach soll der französische Gesandte Tallandier vom Sultan den Bescheid erhalten haben, daß die vorgeschlagenen Reformen nur dann Aussicht auf Annahme hätten, wenn die interessierten europäischen Mächte ausnahmslos einverstanden und zur Mitwirkung bereit wären. Die Aufenthaltsteuer für Fremde, die Einführung neuer Abgaben für Kauten und Winnenhandel, vor allem die der geplanten Staatsbank zu erteilenden Privilegien, wären nach Ansicht des Maghzen ohne Zustimmung der Mächte undurchführbar. Der Maghzen weist die fremdliche Mitwirkung eines von der französischen Regierung empfohlenen Geldinstituts keineswegs zurück, wünscht aber bei der Reform des Münzwesens, bei der Verwaltung der Domänen und Moosheengüter nicht ausschließlich von einem europäischen Geldinstitut abhängig zu sein. Ferner wehrt sich der Maghzen dagegen, daß der Distriktschef (Kaid) zugunsten der von Frankreich zu ernennenden Funktionäre die Macht genommen und nur deren Schein belassen werden soll. Die von Einheimischen und Fremden gewünschten Reformen der Verwaltung und Rechtspflege sollten nicht ohne den Rat des gesamten in Marokko residierenden Konsularkorps durchgeführt werden.

Ueber die französischen Vorschläge für die Finanzreform Marokkos werden den „Times“ auf Grund der Angaben eines marokkanischen Beamten in Tanger die folgenden Mitteilungen gemacht:

Es wird vorgeschlagen, eine marokkanische Staatsbank zu errichten, die alle Geldumlauffragen regulieren und die Frage des fremden Wechselkurses endgültig lösen soll. Die marokkanische Münze soll auf Parivert mit der französischen und englischen Münze gestellt werden. Die Bank, die tatsächlich das Schatzamt von Marokko werden würde, solle die Zahlungen an alle Beamten und das Heer übernehmen, die Steuer- und Polizeieinnahmen in Empfang nehmen und dabei das Recht behalten, sich dem zu widersetzen, daß der Maghzen Geld diesen Fonds entziehe. Alle marokkanischer Regierungsbesitz soll von dieser Bank verwaltet und der Einnahme-Überschuss des Festes der Prokosen zur Gründung und Erhaltung von Schulen für die Verbreitung der französischen Sprache verwendet werden. Der Maghzen soll sich verpflichten, Anleihen nur von dieser Bank zu nehmen. Die Banque de Paris et des Pays-Bas, so wird weiter vorgeschlagen, wird um ein Guldenen ersucht werden, ob die Bildung der marokkanischen Bank jetzt angezeigt sei. Zur Erhöhung der Staatseinnahmen wird vorgeschlagen, von allen Personen, die Marokko betreten, eine Steuer zu erheben und den Pagszwang einzuführen.

Mittlerweile ist der deutsche Gesandte Graf Tattenbach auf dem Wege nach Fez. Er überbringt dem Sultan den Stern des Roten Adlerordens mit Brillanten. —

Deutsches Reich.

Zentralverband der Scharmacher.

Delegierte des Zentralverbandes der Scharmacher waren am Freitag hier versammelt, um einen Vortrag Buecks über die Vergesehnenobelle anzuhören. Danach wurde eine lange Resolution gegen den Vergarbeitschutz beschlossen, in der es unter anderem heißt:

Der Zentralverband Deutscher Industrieller ist bei Verteilung aller das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen von dem für ihn unveränderlichen Standpunkt ausgegangen, daß der Arbeitsvertrag

innerhalb der von dem Gesetz gezogenen Grenzen, den Gegenstand vollkommen privater Abmachung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter bilden muß.

Dieser Standpunkt bedingt ferner, daß, wenn es wegen der Bedingungen des Arbeitsvertrages oder wegen anderer, das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen zu Meinungsverschiedenheiten oder zum Streit zwischen den Arbeitern und dem Arbeitgeber kommt, die Differenz zwischen den beiden beteiligten Parteien unter sich zum Austrag gebracht werden muß.

Nachdem die Herren so das Eingreifen der Gesetzgebung in die Regelung der Arbeitsverhältnisse abgelehnt und alles den „beteiligten Parteien“ überwiesen, nahmen sie Stellung zur Frage der Tarifverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern. Dabei lehnten sie auch die Mitwirkung der anderen „beteiligten Partei“ bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse ab durch folgenden Beschluß:

Der Zentralverband Deutscher Industrieller betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwicklung durchaus gefährlich.

Die Regelung der Arbeitsverhältnisse soll also lediglich Sache der einen beteiligten Partei, nämlich des Unternehmers allein sein.

Die Arbeiterausschüsse werden übrigens in der erstgenannten Resolution auch ausdrücklich abgelehnt, weil sie nicht nur Organe der sozialdemokratischen, sondern überhaupt der organisierten Arbeiter würden. Arbeiterorganisationen, gleichviel ob sozialdemokratische oder christliche, wollen die Herren überhaupt nicht dulden.

Der Gesetzentwurf gegen das Besetzen.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung der zweiten Vergesehnenobelle, welche eine Änderung des § 65 des bisher geltenden Vergesehnenobellengesetzes vorlegte, begann Freitag früh ihre Beratungen mit einer Generaldiskussion des Artikels 1, welcher dem Vergesehnenobelleneigentümer die Verpflichtung auferlegt, das Vergesehnenobell zu betreiben, wenn der Betrieb Gewinn verspricht und der Unterlassung oder gänzlichen oder teilweisen Einstellung des Betriebes überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen.

Die freikonservativen Mitglieder der Kommission sprachen sich gegen den Gedanken der Zwangsverwaltung und des Zwangsbetriebes aus. Von den Mitgliedern des Zentrums wurde dagegen beantragt, die Worte „wenn der Betrieb Gewinn verspricht“ zu streichen, so daß der Vergesehnenobelleneigentümer schon verpflichtet ist, das Vergesehnenobell zu betreiben, wenn der Unterlassung oder der gänzlichen oder teilweisen Einstellung des Betriebes überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen. Nur ein einzelnes Zentrumsmitglied schloß sich diesem Antrag seiner Fraktion nicht an, stellte sich vielmehr auf den Standpunkt der Freikonservativen und beantragte, die Worte „Gewinn verspricht“ in die Worte umzuändern „Gewinn bringt“.

Von nationalliberaler Seite wurde diesem Antrage widersprochen, da doch die Möglichkeit der Fortführung des Vergesehnenobellbetriebes unter Umständen erzwungen werden müßte, auch wenn zeitweise einmal mit Defizit oder geringem Nutzen gearbeitet werde, aber allgemein wirtschaftliche Interessen den Fortbetrieb erwünscht scheinen ließen. Die Regierung bestritt die hier und da zu Tage getretene Auffassung, daß das Gesetz sich gegen das Kohlenjunktiv richtete. Die Vorlage sei auf rein sachlicher Grundlage aufgestellt, denn es habe sich gezeigt, daß die jetzigen Bestimmungen nicht genügend, gegen die Stilllegung eines noch rentablen Vergesehnenobellgeschäftes einzuschreiten. Von einem nationalliberalen Mitgliede der Kommission wurde der Vorschlag gemacht, der Staat möge die Kosten des Zwangsbetriebes und der Zwangsverwaltung tragen, wenn die Erträge des Betriebes ein Defizit ergäben. Dem wurde aber von Seiten eines Regierungskommissars des Finanzministeriums widersprochen, da ja die Vorlage wesentlich als Abschreckungsmittel gegen das Stilllegen noch rentabler Werke gedacht sei. Völlig unwirtschaftliche Betriebe sollten auch in Zukunft nicht zwangsweise betrieben werden.

Bei jedem einzelnen Falle müsse eine genaue Prüfung der einschlägigen Verhältnisse vorangehen. Von freikonservativer Seite wurde die Ausschaltung des Begriffes der teilweisen Einstellung aus der Vorlage gewünscht. Seitens des Handelsministers wurde dem aber widersprochen, weil auch durch eine nur teilweise Einstellung des Betriebes große Schäden entstehen könnten, die stark öffentliche Interessen zu gefährden geeignet seien. Von konservativer Seite wurde der Tendenz des Gesetzes im wesentlichen zugestimmt. Bedenken wurden aber gegen das vorgeschlagene Verfahren zur Aberkennung des Vergesehnenobelleneigentums geäußert. Der Fiskus müsse ersatzpflichtig gemacht werden können, wenn der Zwangsbetrieb und die Zwangsverwaltung etwa zu leichtfertig ausgesprochen worden seien; und gegen die Anordnung des Zwangsbetriebes und der Zwangsverwaltung müsse die Einlegung eines Rechtsmittels möglich sein. Regierungssseitig wurde diesen Bedenken widersprochen. Die Entscheidung hätte nach der Vorlage zwei Ministerien; würde dagegen ein Rechtsmittelweg eingeführt, so würde das nur zur Verschleppung führen und einen Erfolg des ganzen Verfahrens von vornherein illusorisch machen. Bisher sei nirgends dem Fiskus als Ersatzbehörde eine Ersatzpflicht auferlegt, und man könne sie auch hier nicht einführen. Vom Handelsminister wurde nochmals betont, daß die Vorlage ja nur dem Inhalte einer aus der Mitte des Hauses hervorgegangenen Resolution entspreche, daß sich der bisherige § 65 als stumpfe Waffe erwiesen habe, und nach seiner Meinung kein anderer Weg gegeben sei, den Mißständen abzuhelfen, als der in der Vorlage vorgesehene. Von nationalliberaler Seite wurde ebenfalls für eine Ersatzpflicht des Staates im Falle zu Unrecht oder ohne Erfolg angeordneten Zwangsbetriebes plädiert. Vom Zentrum wurde angeregt, ob nicht ein besonderer Gerichtshof, bestehend aus je zwei Vertretern der Behörde, der Vergesehnenobelleneigentümer und der Arbeiter, als Beschwerdeinstanz gegen die Ministerialentscheidung aus Zwangsbetrieb eingerichtet werden könnte. Ein solcher Gerichtshof könnte sehr rasch arbeiten. Von freikonservativer Seite wurde dagegen die Einführung des Verwaltungs-Streitverfahrens für zweckmäßig gehalten.

Von einem freikonservativen Abgeordneten wurde als Ergebnis der bisherigen Verhandlung bezweifelnd, daß das Zentrum der Vorlage am freundschaftlichen gegenüberstehe, daß auch die Konservativen mit den Grundgedanken des Gesetzes einverstanden seien, daß sich dagegen die Nationalliberalen bisher ziemlich ablehnend verhalten hätten. Seine Freunde wollten das wirtschaftliche Interesse der Allgemeinheit wahren; am besten sei das vielleicht dadurch zu erreichen, daß man die Grubenbesitzer gesetzlich zur Sammlung eines Fonds verpflichtete, aus dessen Einnahmen die berechtigten Anforderungen der Gemeinden bei ungerechtfertigter Stilllegung von Gruben befriedigt werden könnten. Freilich bedeute die Durchführung dieses Vorschlags eine vollständige Umgestaltung der Regierungsvorlage. Das der Kommission angehörige Mitglied der freisinnigen Vereinigung erklärte sich im allgemeinen für die Vorlage, äußerte aber Bedenken gegen die Zwangsverwaltung und den Zwangsbetrieb. Seitens eines Regierungskommissars des Finanzministeriums wurde angeregt, anstatt Zwangsbetrieb „Baufasthaltung“ des Betriebes bis zur Entscheidung über die Frage, ob das Vergesehnenobell rentabel sei, anzunehmen. Diese Bauaufasthaltung müßte vom Oberbergamt angeordnet werden, und gegen diesen Beschluß des Oberbergamtes könnte auf Einführung des Zwangsbetriebes binnen vierzehn Tagen nach der Zustellung des Beschlusses eine mündliche Verhandlung vor dem Oberbergamte zugelassen werden, an der vom Provinzialausschuß ernannte Besitzer teilzunehmen hätten. Dem Antrage auf mündliche Verhandlung müßte dann natürlich ausschließende Wirkung beizumessen. Von freisinniger und konservativer Seite wurde dieser Anregung beigetreten. In der weiteren Debatte wurde von nationalliberaler und freikonservativer Seite der Vorschlag gemacht, unverrichtete Fesler, d. h. noch unberichtigtes Vergesehnenobelleneigentum von dem Zwangsbetriebe und der Zwangsverwaltung

Wahlkämpfe. Ein Mitglied der Kommission regte an, ein Aufgebot vor Einleitung des Einbürgerungsverfahrens zu erlassen, um zu sehen, inwieweit öffentliche Interessen der in Aussicht genommenen Siedlung der Gruben gegenüberstehen. Von der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß bei unberichtigten Feldern schon nach der Vorlage die Zwangsverwaltung ausgeschlossen sei, und daß bei einer Weigerung, unberichtigte Felder in Abbau zu nehmen, nur eine Überkennung des Eigentums erfolgen könne, eine Ansicht, der auch aus der Mitte der Kommission von anderer Seite beigetreten wurde. — Nach weiterer Diskussion, in der aber neue Gesichtspunkte nicht mehr zutage traten, wurde die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Für die Reise ins Ruhrgebiet sind für den 8. und 9. Mai genaue Programme ausgearbeitet; es soll eine Einfahrt in mehrere Gruben erfolgen, damit die Kommissionsmitglieder auch in die Arbeitsverhältnisse unter der Erde und namentlich in die Temperaturen an den einzelnen Arbeitsstellen einen Einblick erhalten.

Behinderter Neutralitätsbruch der Germania-Werft.

Ein Privattelegramm aus Kiel meldet uns: Die Lübecker Behörden haben nach einer Meldung der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ den Dampfer „Regir“ beschlagnahmt, der mehrere hundert Tonnen Konterbände an Bord hatte. Die verdächtige Ladung war nach Helsingfors in Finnland bestimmt und bestand aus sorgfältig auseinandergenommenen Torpedobooten und Unterseebooten, die auf der Kieler Germania-Werft erbaut und als Luftschiffen deklarieren waren. Die Nachricht, daß auf der Kieler Germania-Werft Torpedoboot für Rußland gebaut werden, hatte der „Vorwärts“ nach dem Kieler Parteiblatt dieser Tage veröffentlicht und hat den Weg angegeben, auf dem die völkerrechtswidrige Konterbände nach Rußland befördert werden würde. Es scheint, daß dieser Hinweis den Lübecker Behörden die Ausübung ihrer Neutralitätspflicht erleichtert hat. Damit ist auch ein Dementi, das die Germania-Werft unserer Veröffentlichung nachgeschickt hatte, gründlich erledigt.

Kerner liegt folgendes Telegramm des „Wolffschen Bureaus“ vor: Lübeck, den 5. Mai. Die hiesige Polizei hat die Ausfuhr eines für Rußland von der Germania-Werft in Kiel hergestellten Torpedobootes verboten, weil darin ein Bruch der Neutralität zu erblicken wäre. Das Boot war in einzelne Teile zerlegt, mit der Bahn von Kiel nach Lübeck befördert worden, und sollte hier mit dem finnischen Dampfer „Regir“ nach Helsingfors verladen werden.

Hoffentlich sorgt nun endlich auch Preußen dafür, daß Rußland nicht weiterhin durch die Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, die ehemalige Firma Döwe, Maschinengewehre geliefert werden! —

Sozialdemokratische Schulvorstandsmitglieder.

Man schreibt uns aus Dresden: Die sächsische Regierung hat es bisher durchaus geduldet, wenn Antikommunisten und Schulinspektoren Sozialdemokraten, die von Gemeindevertretungen zu Schulvorstandsmitgliedern gewählt worden waren, die Bestätigung verweigert oder eine solche Wahl einfach aufgehoben wurde. Jetzt scheint doch eine bessere Einsicht Platz gegriffen zu haben. Als kürzlich die Wahl des Genossen Jwaeh in Reigersdorf in den dortigen Schulvorstand aufgehoben wurde mit der Begründung, Jwaeh sei eifriger Sozialdemokrat, haben unsere Genossen dagegen Beschwerde geführt. Darauf hat das Kultusministerium die Bezirksschulinspektion aufgefordert, die Angelegenheit noch einmal nachzuprüfen, und jetzt ist die Verfügung zurückgezogen und Jwaeh wieder in den Schulvorstand berufen worden.

Ob wirklich eine bessere Erkenntnis in der sächsischen Regierung Platz gegriffen hat, wird sich ja bald zeigen. Denn sie wird bald Gelegenheit bekommen, über noch einige derartige Fälle zu entscheiden. Erst dieser Tage ist die Wahl des Genossen Kamp in Reichenberg bei Dresden zum Schulvorstand wegen seiner agitatorischen Tätigkeit aufgehoben worden, nachdem ein Versuch, seine Wahl mit Rücksicht darauf, daß er Katholik sei, für nichtig zu erklären, gescheitert war.

Sozialpolitik in Hessen.

Die hessische Regierung liebt es, sich mit dem Nimbus sozialpolitischer Verständnisses zu umgeben. Ihre neueste Handlung verrät indes nicht viel sozialpolitisches Entgegenkommen. So haben die Mainzer Stadtverordneten insulphäre der Bürgermeisterei einstimmig beschlossen, die Wahlen zum Gewerbegericht an einem Sonntag stattfinden zu lassen. Die hessische Regierung hat indes trotz wiederholter Vorstellung verfügt, daß die Wahl an einem Werktag vorzunehmen sei. In Darmstadt scheint der Wind seit einiger Zeit herumgeschlagen zu sein. —

Zu einer kleinen Kulturkampfschelte im Landtage gab, so meldet uns ein Privattelegramm aus Stuttgart, die gegen das Vorjahr um 150 000 M. erhöhte Staatsposition für Besoldung katholischer Geistlicher den Anstoß. Der Mißbrauch, der von katholischen Geistlichen mit den kirchlichen Geldmitteln zum Zweck politischer Agitation für das Zentrum getrieben wird und der von ihnen bei der Erziehung von Kindern aus gemischten Ehen geübte Bewußtseinszwang war Gegenstand heftiger Kritik von Seiten der Volkspartei, deutschen Partei und Sozialdemokratie. Auch der Kultusminister mußte in seiner Abwehr der Angriffe zugestehen, daß es eine Gefahr bedeute, wenn der Ansehen entsetze, als ob irgend eine Partei Politik verquide mit der Stellung einer Kirche und er gab dem Bedauern darüber Ausdruck, daß der katholische Stadtpfarrer von Ravensburg für den Zentrumskandidaten mit dem Hinweis darauf eingetreten sei, daß der Gegenkandidat von den Gnadenmitteln der Kirche ausgeschlossen sei. Demgegenüber betrafen sich die Zentrumskandidaten Neuhald und Gröber darauf, daß auch die evangelische Orthodoxie in Streitfragen, die über die Kindererziehung bei Mischehen entstehen, den Ausschluß von den kirchlichen Gnadenmitteln als Waffe wohl zu handhaben verstehe und verteidigte das Recht des Ravensburger Pfarrers mit der jesuitischen Behauptung, das Zentrum sei keine religiöse, sondern eine politische Partei. Es folgt Herr Gröber wenig an, daß die Debatte schlagend das Gegenteil gezeigt und wiederum einmal erwiesen hätte, daß das Zentrum auch in Würtemberg eine an die kirchliche Organisation sich anschließende konfessionelle Partei ist. Das platonische Bedauern des Ministers wird nichts an den Uebergriffen der Geistlichen ändern, denn der Genosse Hildenbrand bemerkte mit Recht: Jeder Geistliche, der zum Zentrum gehört, tut dasselbe wie der Ravensburger Stadtpfarrer. —

Für die in den nächsten Tagen stattfindende Landtags-Erstausschreibung in Eschlingen, die durch den Tod des bisherigen nationalliberalen Abgeordneten v. Geh notwendig geworden ist, haben sich gestern Nationalliberale, Konservern und Volkspartei auf die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten geeinigt, über dessen Person die Verhandlung schwebt. Von der Sozialdemokratie wird Reichstags-Abgeordneter Schlegel kandidieren. Die Wahlausichten sind überaus günstig. —

Warnrufe aus Kamerun.

In der neuesten Nummer des „Globus“ veröffentlicht der ehemalige Führer der deutschen Venus-Fischadsee-Expedition einen Artikel über das kameruner Verwaltungssystem, in dem er nicht nur die Verwaltung dieser Kolonie für die voraussichtlich bald eintretende wirtschaftliche Krise verantwortlich macht, sondern in dem er dem Gouverneur auch eine widerrechtliche Behandlung von Eingeborenen vorwirft. Die Jaunde-Beute, ein gutartiges Volk, seien

ungemein erbittert darüber, daß die Verwaltung sie gegen ihren Willen als Arbeiter auf den Plantagen schaffen ließ! Schon im vorigen Jahre habe ein Aufstand im Jaunde-Distrikt gedroht; behandle man die Eingeborenen auch ferner so, dann werde es unfehlbar zur Erhebung kommen!

Dem „Berliner Tagebl.“ wird ferner von kolonialer Seite über Kamerun geschrieben:

Trotz aller Beschönigungsversuche ist man genötigt, die Lage in Kamerun nach wie vor als bedenklich anzusehen, und daß auch Gouvernment und Kolonialverwaltung Besorgnisse hegen, mag der Umstand beweisen, daß die — jüngst abgereisten — Offiziere für die beiden neu bewilligten Kompagnien der Schutztruppe telegraphisch einberufen worden sind — so eilig hatte man es. Es glimmt in Kamerun an verschiedenen Orten und Enden. Zuverlässige Privatnachrichten aus dem Inneren von Anfang März besagen, daß die Stämme im Bezirk Samenda an der englischen Grenze sich in sehr gereizter Stimmung befinden. Veranlaßt ist sie durch eine ungeschickte Politik unerfahrenen Offiziers, dann aber auch durch die Schutztruppe selbst, deren farbige Mannschaften, sobald sie ohne europäische Aufsicht sind, im eigenen Lande wie die Räuber haufen. Wenn das nicht bald anders wird, sollen Aufstände mit Sicherheit zu erwarten sein. Im Süden Kameruns sind es wieder die Jaunde und die Bui, deren Verhalten Besorgnis erweckt, zumal dort die Hauptlinge ihre Stämme sehr fest in der Hand haben. An geeigneten Persönlichkeiten scheint es auch zu fehlen; vor allem aber dürfte in Betracht kommen, daß sich aus jenen Stämmen zum großen Teil die Schutztruppe rekrutiert, deren ausgediente oder invalide Soldaten in die Heimat zurückkehren und ihren Landsleuten die Ueberzeugung mitbringen, daß die Weißen auch nur sterbliche und recht unvollkommene Menschen sind, von denen man sich nicht viel gefallen zu lassen brauche.

Auch uns sind ganz ähnliche Mitteilungen zugegangen. Als weitere Mißstände schilderte man uns das Pressen von Trägern für Expeditionen, die harte Behandlung dieser Träger, das rücksichtslose Eintreiben von Kontributionen usw. Ueberhaupt trage das ganze System von Strafexpeditionen, durch das junge Offiziere sich hervortun zu sollen glaubten, nicht etwa zur Beruhigung des Landes, sondern im Gegenteil zur Erbitterung und Aufregung der Eingeborenen bei.

Wird die Kolonialverwaltung sich endlich zu entsprechendem Einschreiten aufraffen? —

Der Typhus in Südwestafrika.

Berlin, 5. Mai. Telegramm aus Windhof. In Typhus sind gestorben: Reiter Hermann Wausche, geboren am 25. September 1883 zu Steinay a. O., am 30. April 1905 im Lazarett Keimanshoop. Einjährig-Freiwilliger Gefreiter Wilhelm Reuten, geboren am 30. August 1880 zu Westerbe, am 30. April 1905 im Lazarett Lüderichsbucht. Reiter Max Rotjenbacher, geboren am 1. November 1880 zu Bamberg, am 27. April 1905 im Krankensammelstelle Auhub. Reiter Ernst Conrad, geboren am 25. März 1884 zu Striegau, am 1. Mai 1905 im Lazarett Lüderichsbucht. Reiter Konrad Schuster, geboren am 24. September 1881 zu Erlangen, am 1. Mai 1905 im Lazarett Lüderichsbucht. Reiter Richard Raden, geboren am 29. März 1882 zu Jöhlich, hat sich am 23. April 1905 aus Kowas von der Truppe entfernt und ist nicht zurückgekommen.

Diese fünf Todesfälle an Typhus innerhalb fünf Tagen beweisen, daß die Typhusepidemie unter den südafrikanischen Truppen noch keineswegs erloschen ist, ja es scheint fast, als ob die Epidemie, die in den letzten Monaten zurückgegangen war, wieder an Heftigkeit zunehme.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Mai. Abgeordnetenhause. In der Weiterberatung des Zolltarifes erklärt Schrott, die Tiroler Abgeordneten könnten für den Zolltarif nur unter der Voraussetzung einer ausreichenden Entschädigung für die durch die Einführung des Zolltarifes Tirol erwachsenden Nachteile stimmen. Abg. Stein meint, die Mängel des Zolltarifentwurfes entsprängen dem Dualismus. Er erörtert die großen Nachteile einer Zollgemeinschaft und tritt für eine wirtschaftliche Trennung ein.

Budapest, 5. Mai. Abgeordnetenhause. Ministerpräsident Graf Tisza begründet eingehend seine Ablehnung des Adrehtentwurfes der Koalition. Er weist auf den Widerspruch hin, der darin liege, daß die Koalition sich den Sturz des Systems der liberalen Partei zur Aufgabe gestellt habe, andererseits, daß die Hauptstützen der Koalition jene Männer bilden, welche dieses verfeimte System bis vor kurzem mit Leib und Seele unterstützt haben. Der Ministerpräsident bekämpft sodann die Stellungnahme des Adrehtentwurfes zugunsten des unabhängigen Zollgebietes. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich für die Erreichung eines selbständigen Zollgebietes gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt, da die meisten Handelsverträge bereits behandelt sind. Es wird zumal schwer halten, die agrarische Mehrheit des Deutschen Reichstages zur Annahme eines neuen Handelsvertrages mit uns zu veranlassen. Ich glaube nicht, sagt der Ministerpräsident, daß bis zum März des Jahres 1906 diese Schwierigkeiten, welche der Errichtung des selbständigen Zollgebietes entgegenstehen, hinweggeräumt werden können. Ich wünsche sehr, daß die Herren an dieser verantwortlichen Stelle zu sehen, um sich von diesen Schwierigkeiten zu überzeugen. Es bleibt nichts anderes übrig, als den Ausgleich, sowie den mit Oesterreich vereinbarten Zolltarif anzunehmen.

Inmitten dieser Erörterungen des Grafen Tisza ruft plötzlich der Abg. Nikolaus Rozsgay (l.) mit gelber Stimme: „Es gehört wirklich die Schuld eines Ungarn dazu, um anzuhören, wie unverschämte sich ein gestürzter Ministerpräsident benimmt.“

Es entsteht großer Tumult. Der Abg. Rozsgay wird zur Ordnung gerufen. (Große Unruhe und Lärm.) Der Präsident hebt die Sitzung zeitweilig auf. —

Frankreich.

Eine neue Schießerei in Sait? Das Wolffsche Bureau meldet aus Lyon vom 5. Mai: Ein Bataillon des 86. Infanterie-Regiments ist nach Saint-Vel abmarschiert worden, wo ausländische Bergarbeiter das Drahtseil der Förderbahn durch Dynamit zerstört, die Telegraphendrähte durchschnitten und die arbeitwilligen Bergleute terrorisiert haben. Die Soldaten wurden bei ihrer Ankunft in Saint-Vel von den Ausländern verhöhnt.

Diese offenbar nach den Mitteilungen der Grubenbarone gefertigte Darstellung bedarf sich ebenso der Korrektur, wie die Telegramme desselben Bureaus über Limoges. —

Schweden.

Die Wahlrechtsfrage beschäftigt seit Mittwoch wiederum den schwedischen Reichstag. In der Ersten Kammer wurde die Debatte noch am selben Tage beendet. Hier wurde mit 99 gegen 42 Stimmen der Wahlrechtsvorschlag des konstitutionsauschusses angenommen, der das Wahlrecht „allgemein“ machen soll, aber nur für Steuerzahler und außerdem durch Einführung des Proportionalsystems allein für die Zweite Kammer die Position der Ersten Kammer verstärken würde. Immerhin ist es, wie auch Pranting bei der noch nicht beendeten Wahlrechtsdebatte der Zweiten Kammer hervorhob, bemerkenswert, daß die Erste Kammer, die noch vor nicht langer Zeit jeden Gedanken an ein allgemeines Wahlrecht rüdemweg abwies, sich nun wenigstens in jener Form mit über Zweidrittel-Majorität dafür erklärte.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Saigon, 5. Mai. (Meldung der „Agence Havas“.) Das russische Geschwader, das bei der Hon-Kohe-Bucht, nördlich der Kamranh-Bucht am 2. d. M. vor Anker lag, beabsichtigte am Morgen des 3. Mai den Ankerplatz zu verlassen. Der russische Admiral hatte die französischen Behörden davon in Kenntnis gesetzt.

Malakka, 4. Mai. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Ein russisches Geschwader, bestehend aus vier Schlachtschiffen, einem Panzerkreuzer, einem Kanonenboot und fünf Kohlenkäuffern, ist heute nachmittag, in der Richtung nach Siden fahrend, hier vorbeigekommen.

Neuer Protest Japans.

Paris, 5. Mai. Wie verlautet, wird die japanische Gesandtschaft infolge der Meldung, daß die Flotte des Kaiserthums am 30. April im Hafen von Dahoi in der Penguibucht Anker geworfen habe, ihren Protest betreffend Verletzung der französischen Neutralität erneuern. Der japanische Gesandte Motono habe bereits gestern die Aufmerksamkeit Delcassés auf diese Angelegenheit gelenkt. Es heißt, die französische Regierung habe am Dienstag eine Abteilung des französischen ostasiatischen Geschwaders unter dem Befehle des Admirals Jonquieres nach der Penguibucht entsandt, um über genaue Beachtung der französischen Neutralität zu wachen.

Die Revolution in Rußland.

Der Ausstand in Warschau.

Der „Voss. Zig.“ wird vom 3. Mai aus Warschau gemeldet: Warschau, 3. Mai. (Fig. Ver.) Sämtliche Fabriken feiern heute. Auf der Pawiastrasse wurden zwei als Juden in langen Röcken verkleidete Kosaken von der Menge erkannt und halbtot geprügelt, weil sie ein dort stehendes Kreuz besudeln wollten, um die Wit der arbeitslosen Arbeiter gegen die Juden zu erwecken. Die Kasernen und Regierungsgebäude werden sorgfältig bewacht. Auf den Rottoirs stehen bewaffnete Soldaten, die dem Publikum das Passieren verwehren. Morgen soll insgeheim das Begräbnis der am 1. Mai ermordeten Opfer stattfinden. Sämtliche Fabriken, Läden, Restaurants, Konditoreien, Bureaus, Kontors etc. werden geschlossen und der ganze Verkehr eingestellt. Die Banken sind schon heute nachmittag geschlossen worden. Ein vom „Warschauer Komitee der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauens“ unterzeichnetem gedrucktem Aufruf an die Arbeiter, der im geheimen überall verteilt wird, sagt u. a.: „Das revolutionäre Warschau kann den ermordeten Genossen den letzten Liebesdienst nicht verweigern. Die Regierung gestattet uns nicht, an dem Trauerzuge teilzunehmen, deshalb wird Warschau den letzten Liebesdienst so feierlich veranstalten, wie dies noch keinem Könige, keinem Nachfolger der Welt zu teil geworden ist. Dieser Liebesdienst, der zugleich ein Protest sein soll gegen die Ermordung der Genossen, wird in einem allgemeinen Ausstande in Warschau am Donnerstag, den 4. Mai, bestehen. Alle Arbeit hat still zu liegen in den Fabriken und Werkstätten, in den Kaufhäusern, Bureaus und Banken, in den Konditoreien und Gasthäusern, der gesamte Wagenverkehr auf den Straßen hat zu ruhen. Nieder mit der Mörder-Regierung! Ehre ihren Opfern!“ Nach Nachrichten vom Donnerstag war denn auch die Arbeit, eine vollständige. Der Straßenbahnverkehr war unterbrochen und in den Hauptstraßen waren fast sämtliche Läden geschlossen.

Das Begräbnis der Opfer

erfolgte Freitag in aller Frühe und unter Ausschluß jeder Öffentlichkeit. Man meldet:

Um 6 Uhr morgens durchzogen acht Leichentragen mit den Opfern vom Montag unter Geleit einer Kosakenabteilung von 100 Mann die Stadt nach dem Wladno-Friedhof. Es waren weder Verwandte noch Publikum zum Gefolge zugelassen worden.

Die Moskauer Monarchistenpartei

veröffentlichte heute ihr Programm, worin gesagt ist, es sei die Aufgabe der Partei, mit gesetzlichen Mitteln die Verechtigung der inneren Wirren anzustreben. Sollte der Kaiser die Anwendung streng einseitiger, rationaler, fester Diktatormaßnahmen nötig finden, so sei die Partei bereit, die Regierung zu unterstützen. Nach Beendigung der Wirren und erfolgter Verlegung der Japaner (l.) breche der Zeitpunkt für Reformen an, welche die unbeschränkte Selbstherrschaft noch mehr zu festigen und die orthodoxe Kirche zu verherlichen geeignet seien, welche der nationalen Kulturidee im ganzen Reiche freie Entwicklung geben und zur breiten, decentralisierten Entwicklung des lokalen Wirtschaftslebens durch ununterbrochene Fürsorge für das materielle und geistige Wohl der Bauern und des Arbeiterstandes, zur Einbürgerung des Rechtszustandes und Ordnung in Stadt, Land und Schule, endlich durch rationelle Organisation der Ueberfiedelung zur Vergrößerung des bäuerlichen Grundbesitzes führen und ein starkes russisches Reich schaffen würden.

Petersburg, 5. Mai. Nach einer Meldung aus Melitopol (Gouvernement Taurien) kam es dort am letzten Montag zu Unruhen, bei denen Juden gemißhandelt wurden und jüdisches, aber auch christliches Eigentum zerstört und geplündert wurde. Eine Reihe von Unruhen wurde verbrannt. Die Ordnung wurde von Truppen wiederhergestellt.

Warschau, 5. Mai. Gestern Abend wurde in der Marjalskastrasse gegen eine Patrouille eine Bombe geschleudert, die aber nicht explodierte.

Warschau, 5. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gestern Abend griff ein Volkshaus in der Lesnastrasse eine Patrouille an, um mehrere von ihr verhaftete Personen zu befreien. Zwei Personen wurden verwundet, eine durch eine Kugel, die andere durch einen Bajonettschlag.

Aus der Partei.

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung wurde im April im vorigen Jahre, zwei Monaten, fünf Wochen und fünf Tagen Freiheitsstrafen, sowie 870 M. Geldstrafen belastet.

Steuerfragen.

Im anhaltischen Landtag ist vor einiger Zeit eine Umsatzsteuer für Konsumvereine beschlossen worden. Dieser Steuer hat Genosse Peus, der dem anhaltischen Landtage angehört, prinzipiell zugestimmt. Daraus hat sich eine Diskussion entwickelt, die in der Hauptsache bisher in dem Organ des Großenhain-Bereichs geführt wurde, nun aber auch in die Parteipresse übergegangen ist. Praktisch ist der Fall einigermassen entwickelt. Die anhaltische Regierung hatte eine Vorlage gemacht, nach der den Gemeinden das Recht gegeben werden sollte, neben einer schon bestehenden Einkommen- und Gewerbesteuer für Konsumvereine, die vom Meingelohn berechnet wird, noch eine Umsatzsteuer zu erheben. Peus war nun dafür eingetreten, die Umsatzsteuer nur dann zuzulassen, wenn die etwaige Einkommen- und Gewerbesteuer hinter dem zulässigen Höchstsaße der Umsatzsteuer zurückbleibe; außerdem hatte er die Herabsetzung des von der Regierung vorgeschlagenen Saßes in solchem Maße gefordert, daß danach die Konsumvereine besser daran gewesen wären, als bei der bisherigen Steuer ohne Umsatzsteuer. Wir können uns vorstellen, daß jemand nach der Theorie vom kleineren Uebel so operieren mag, um das als unabweisbar erscheinende Uebel so klein als möglich machen zu helfen, nachdem er zuvor alle Mittel zur Abwendung des Übels überhaupt erschöpft hat. Es wäre dann schwerlich etwas gegen sein Verfahren einzuwenden. Genosse Peus aber hat es sich in den Kopf gesetzt zu beweisen, daß er gerade aus Gründen der Gerechtigkeit und obendrein der sozialdemokratischen Prinzipientreue gezwungen war, für die Umsatzsteuer einzutreten. Ganz wird man ja aus der Argumentation, mit der er sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe verteidigt, nicht klug. Zum Teil scheint es, als ob er anfangs wirklich nur des kleineren Übels wegen seinen Vorschlag gemacht habe, denn er operiert vielfältig mit dem Nachweise, daß nach seinem Vorschlage die Konsumvereine weniger Steuern zu

bezahlen hätten als bisher. Dann aber verheißt sich seine Beweisführung zu einer Darlegung darüber, daß selbstverständlich die Konsumvereine Steuern bezahlen müssen: aus Gerechtigkeitsgründen, denn jeder Privatbetrieb müsse Steuern bezahlen und der Konsumverein nehme die öffentlichen Einrichtungen, wie Straßenpflaster und Feuerwehr ebenso in Anspruch wie Privatbetriebe; aus praktischen Gründen, denn „was keine Steuern zahlt hat kein politisches Gewicht“; aus Gründen des sozialdemokratischen Programms, denn dieses fordere neben der progressiven Einkommensteuer auch eine Vermögenssteuer und die Umsatzsteuer für Konsumvereine sei eigentlich nichts anderes als eine Vermögenssteuer, gemessen am Umsatz. In diesen „prinzipiellen“ Darlegungen kommt Peus schließlich zu der letzten Konsequenz — es gibt auch eine Konsequenz der Konfusion — daß zwar eine Umsatzsteuer für private Warenhändler zu verwerfen sei, da sie als reine Verbrauchssteuer wirkt, die Besteuerung der Genossenschaften jedoch nicht, da sie alle Mitglieder gleichmäßig belaste.

Wir zitieren die Begründung aller dieser Sätze mit den eigenen Worten des Genossen Peus in seinen Verteidigungsartikeln. Um von hinten anzufangen: Die Belastung der Mitglieder des Vereins durch die Steuern liegt natürlich so offen, daß auch Peus sie nicht übersehen konnte. Gleichmäßig kann sie nicht sein, da die Mitglieder an dem „Reingewinn“ des Konsumvereins nach dem Maßstab ihres Warenverbrauches beteiligt sind. Es ist also eine Belastung nach dem Verbrauche und es braucht wohl hier nicht weiter auseinandergelegt werden, daß jede Steuerbelastung nach dem Verbrauche den Armen stärker trifft als den Reichen. Wäre sie aber gleichmäßig — gleich groß — so wäre das erst recht kein Beweis für die Gerechtigkeit, weil sie dann die verschiedene Leistungsfähigkeit erst recht unberücksichtigt ließe. Die Warenhandlungssteuer hätte sodann immer noch das vor der Umsatzsteuer auf Konsumvereine voraus, daß sie möglichst nicht ganz auf die Konsumenten und die Lieferanten und durch diese wieder auf ihre Arbeiter abgewälzt werden kann.

Die Gerechtigkeit der Umsatzsteuer auf Konsumvereine daraus herleiten zu wollen, daß alle Privatbetriebe Steuern zahlen, heißt die Voraussetzung machen, daß Verbrauchssteuern überhaupt gerecht seien und heißt außerdem den Konsumverein zu einem Gewerbebetrieb machen, der Gewinn erzielt.

Die Steuer deswegen für praktisch zu erklären, weil nur politisches Gewicht habe, was Steuern zahle, heißt anerkennen, daß es berechtigt sei, politische Rechte nach dem Maßstab der Steuerleistung zu bemessen.

Die Umsatzsteuer als Vermögenssteuer bezeichnen, das heißt — gar nichts. Der Umsatz hat mit dem Vermögen nicht den geringsten Zusammenhang. Die Vermögenssteuerforderung des sozialdemokratischen Programms hat mit den Plänen auf Besteuerung des Umsatzes der Konsumvereine erst recht nichts zu tun. Sie ist nur aus antikapitalistischen Tendenzen gestellt und will Steuerquellen eröffnen, die die möglichste Schöpfung des Arbeitseinkommens gestatten. So gut Peus die Umsatzsteuer Vermögenssteuer nennt, so gut könnte er ihr einen beliebigen anderen Namen geben.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Eisen-Ein- und Ausfuhr. In der besseren Beschäftigung der deutschen Eisenindustrie in den letzten beiden Monaten trägt teilweise auch die vermehrte Ausfuhr bei. Im März hat die Zunahme des Exports an Eisen und Eisenwaren zula 24 000 Tonnen betragen und der April, für den die Nachweise noch fehlen, dürfte wiederum eine beträchtliche Steigerung der Ausfuhr gebracht haben. Für das erste Quartal 1906 ergibt sich folgende Befahrung des deutschen Außenhandels in Eisen und Eisenwaren:

	Einfuhr		Ausfuhr		Ausfuhrüberschuß	
	1904	1905	1904	1905	1904	1905
Januar	20 727	28 295	234 065	219 000	213 338	195 711
Februar	24 089	17 847	204 831	237 701	180 742	220 854
März	29 415	22 168	251 278	271 282	221 858	249 124
Zusammen	74 231	68 310	690 174	727 983	615 938	665 589

Die Eisenausfuhr des ersten Vierteljahres hat zwar diejenige des entsprechenden Vorjahres um mehr als 37 000 Tonnen übertraffen; sie bleibt aber hinter der entsprechenden Menge des Jahres 1905, die sich auf 901 456 Tonnen stellte, noch beträchtlich zurück. Mit dem Ausfuhrüberschuß im ersten Vierteljahr der beiden Jahre 1905 und 1906 verhält es sich ähnlich. Er übertrifft mit 665 000 Tonnen denjenigen im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres zwar um 45 000 Tonnen, bleibt aber hinter dem Jahre 1905 um 177 000 Tonnen zurück.

Unter Berücksichtigung des Wertes der Eiseneinfuhr und Eisenausfuhr ergibt sich für das erste Vierteljahr der drei letzten Jahre folgendes:

	1905	1904	1903
Wert der Eisenausfuhr	151 845 000	144 650 000	155 803 000 M.
„ Eiseneinfuhr	14 006 000	14 102 000	12 898 000 „
Ausfuhrüberschuß	137 839 000	130 548 000	142 905 000 M.

Die Verhandlungen zur Gründung eines Syndikats für gezogene Drahte, die während der letzten Tage hier in Berlin stattfanden, sind gescheitert, wie verlautet an dem Widerstand einer großen löthringischen Firma. Damit fallen voraussichtlich auch die übrigen Verbände der Drahtindustrie.

Deutsche Eisenwaren in Rußland. Die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse der Kleinisen-Industrie nach Rußland hat schon seit mehreren Jahren abgenommen. Besonders war im vorigen Jahr der Rückgang ein ziemlich beträchtlicher. Einen Teil der Schuld trägt hieran sicherlich der östasiatische Krieg; aber keineswegs darf ihm allein die Schuld beigemessen werden. Wie die „Rhein.-Westf. Ztg.“ mitteilt, stellte jüngst ein mit den russischen Verhältnissen genau vertrauter bergischer Fabrikant in einer Versammlung von Kleinisen-Industriellen, ohne Widerspruch zu finden, fest, daß die in Remscheid, Kronenberg, Solingen usw. fabrizierten Werkzeuge in Rußland sehr an Ansehen verloren haben — dank der bisher bei zahlreichen Exporteuren und Fabrikanten vertretenen Ansicht, daß für Rußland alles gut genug sei. Rußland bezieht heute die besseren Qualitätswerkzeuge aus Amerika, England und Frankreich. Versucht man, diesen mißlichen Tatsachen auf den Grund zu gehen und legt sich die Frage vor, warum denn die Bergische Kleinisen-Industrie, deren Erzeugnisse doch sonst allerorts in Ehren zu beliehen vermögen, gerade in Rußland mit ihren Fabrikaten so wenig Erfolg hat, so ergibt sich als Antwort, daß in der Hauptsache auswärtige Großexporteure die Schuld tragen, die es verstanden haben, die bergischen Fabrikanten so zu brüden, daß diese eben nur zweifelhafte Ware zu liefern vermochten. Die Vertreter dieser Exporteure suchen mit Vorliebe kleinere Fabrikanten auf und schließen mit diesen auf große Lieferungen zu anfangs ganz anständigen Preisen ab. Der Umfang der Aufträge, die lohnenden Preise und die Aussicht auf ständigen, gleichmäßigen Absatz verheißende Beziehungen veranlassen nun den kleinen Fabrikanten naturgemäß, seine bisherigen Verbindungen aufzugeben oder unpolitisch zu beenden. Mit dem Augenblick, wo er in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis von jenen Großexporteuren gekommen ist, kommt die Reifezeit der Rebaille zum Vorchein: die einst so großen Aufträge können nur weiter erteilt werden, wenn eine entsprechende Preisreduktion eintritt. Wohl oder übel muß diesem Verlangen nachgeben werden, denn wo sollten sich so ohne weiteres neue Absatzgebiete finden lassen. Und die nun zu erzielenden, mitunter geradezu verlust-

bringenden Preise zeitigen dann eine minderwertige Ware, die sowohl bezüglich des verwendeten Materials wie der Bearbeitung sehr viel zu wünschen übrig lassen.

Die Gehälter bei der Deutschen Bank. Verschiedentlich haben wir uns mit den Klagen der Beamten der Deutschen Bank über die Unzulänglichkeit ihrer Gehälter beschäftigt. Der Direktor dieses Bankinstituts scheinen diese Darlegungen recht ungenau gewesen zu sein, denn kürzlich brachte die wirtschaftliche Wochenchrift „Status“ die Wiedergabe einer Unterredung ihres Redakteurs mit dem Personaldirektor der Deutschen Bank, Herrn Koch, in der ausgeführt wurde, die Bezahlung der Angestellten schwanke natürlich stark je nach der Leistungsfähigkeit und der Vorbildung. Die Voten würden mit einem Gesamteinkommen von 1300 M. angefaßt, das mit 2300 resp. 2000 M. ende, je nachdem es sich um Voten oder Bureau-dienste handele. Von dem gesamten Personal, das seit 1902 im Dienste sei, habe niemand mehr unter 1500 M. Gesamteinkommen. Für den Aufstehenden seien die Verhältnisse der Angestellten deshalb schlecht zu beurteilen, weil naturgemäß schon die Vorbildung der Beamten sehr divergiert. Ein Teil der Beamtenschaft rekrutiere sich aus Leuten, die aus dem Schreiberberuf oder dem Militärämterberuf hervorgegangen und allmählich in bessere Beamtenposten eingetrückt seien. Diese Leute seien, wenn sie nicht ganz hervorragendes leisten, mit etwa 2500 M. Gesamteinkommen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit bezahlt. Die übrigen kaufmännisch vorgebildeten und befähigteren Angestellten fliegen natürlich weiter, soweit sich in dem großen Betriebe die Beförderungsmöglichkeit ergebe.

Daraufhin hat das Blatt aus seinem Leserkreis folgende Zuschrift erhalten:

Die Ausführung der Deutschen Bank über die von ihr gezahlten Gehälter erinnert lebhaft an eine seinerzeit durch das Warenhaus Wertheim erfolgte Veröffentlichung. In dieser wurde gegenüber anderweitigen Behauptungen dargelegt, daß Wertheim höhere Gehälter zahle als die Spezialgeschäfte. Die W'schen Ausführungen waren zutreffend und nicht zutreffend, je nach dem Standpunkt, den man einnimmt. Zutreffend, wenn man jeden einzelnen Posten vergleicht. Hierbei ergab sich in der Tat, daß der Wertheimische Kassierer mehr Gehalt erhielt als der Kassierer eines Spezialgeschäftes, und daß auch die jungen Mädchen bei Wertheim etwas besser bezahlt waren als die jungen Mädchen in Spezialgeschäften. Dagegen hat durchschnittlich ein Angestellter bei Wertheim ein erheblich niedrigeres Einkommen als Angestellte eines Spezialgeschäftes. Bei ihm kommen nämlich auf einen hoch bezahlten Kassierer sehr viel mehr junge Mädchen und schlecht bezahlte Kräfte als im Spezialgeschäft, so daß bei ihm der Durchschnitt mehr nach dem Einkommen der schlecht bezahlten Kräfte gravitiert. Die Verhältnisse liegen in der Deutschen Bank ganz analog. Diese unterscheidet in ihrer Zuschrift zwischen ungeschulten Kräften, deren Gehalt nicht über eine bestimmte Höhe steigen kann, und geschulten. Das Charakteristische ist aber bei den Großbanken, wie ja überhaupt da, wo das Prinzip der Arbeitsteilung durchgeführt ist, daß geschulte Kräfte durch ungeschulte ersetzt werden können. Die schlechtere Bezahlung der ungeschulten Kräfte, welche ein mittleres oder kleineres Lohnhaus überhaupt nicht anstellen kann, ist zweifellos eine der Ursachen der wirtschaftlichen Ueberlegenheit der Großbanken. Man sollte sich also darüber klar sein, daß nicht bloß durch die Ausschaltung der Selbständigen die Konzentration zum Großbetriebe mittlere Schichten ausschaltet, sondern daß auch innerhalb des Kreises der Angestellten eine ähnliche Vernichtung des Mittelstandes vor sich geht.

Soziales.

Wichtig für sozialdemokratische Kommunalpolitiker.

In Königsberg kam es vor einigen Jahren im Stadtparlament oft zu unangenehm heftigen Szenen. Die paar sozialdemokratischen Stadtverordneten stellten häufig Anträge, die darauf hinausliefen, den städtischen Angestellten die Arbeitszeit zu verkürzen und die Löhne zu erhöhen. Die guten Stadtväter und der hochlöbliche Magistrat waren entsetzt über diese Frechheit. Selbstverständlich lehnten sie stets die Anträge ab. Sie würden ja sonst mit vollen Segeln in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat hineinsegeln, so erklärten sie damals. Ja ein besonders offenerziger Herr erklärte, daß Sozialpolitik im Stadtparlament nicht getrieben werde. Zuguterletzt waren die Stadtväter schon so über das Vorgehen der Sozialdemokraten erbost, daß sie stets Schluß beantragten, wenn ein sozialdemokratischer Antrag von den Antragstellern begründet war. Damit drückten sie aus, daß es sich gar nicht lohne, über die Anträge ernsthaft zu diskutieren, da sie in das Reich der Utopie gehörten. Jetzt nach einigen Jahren ist aber vieles, was die Sozialdemokraten beantragt haben, schon eingeführt worden. Für die Feuerwehrlente forderten die Sozialdemokraten höhere Löhne und eine längere Arbeitszeit. Der Antrag wurde abgelehnt, aber einige Zeit später wurden vom Magistrat für die Feuerwehrlente erhebliche Verbesserungen getroffen. Für die Arbeiter der Gasanstalt und des Elektrizitätswerkes forderten die Sozialdemokraten längere Arbeitszeit. Der Antrag wurde abgelehnt. Einige Zeit später aber wurde in beiden Betrieben, erst in der Gasanstalt, dann im Elektrizitätswerke der Achtstundentag eingeführt. Man zittert! Soweit segelte man schon in den Zukunftsstaat hinein und Königsberg steht immer noch. Ja, bei der letzten Stadtberatung wurde von der Verwaltung der Gasanstalt konstatiert, daß sich der Achtstundentag vorzüglich bewährt habe!! Die Sozialdemokraten hatten beantragt, den städtischen Arbeitern einen Sommerurlaub zu gewähren. Der Antrag wurde abgelehnt. Im neuen Etat aber hat der Magistrat Sommerurlaub für einen Teil der städtischen Arbeiter vorgezogen. Die Sozialdemokraten hatten weiter beantragt, die Arbeitszeit der städtischen Straßenbahner, die am ersten Tage 15, am zweiten Tage 12 und am dritten Tage 7 Stunden betrug, auf 9 Stunden herabzusetzen und einen Schichtwechsel einzuführen. Die guten Bürger waren über den Antrag empört. Man verdröte unsere Genossen als „Aufwiegler“ und „Aufreizer“. Und was hat sich jetzt herausgestellt? Der Magistrat hat für die Straßenbahner einen Dienstplan aufgestellt, nachdem ein Angestellter höchstens 9,7 Stunden täglich im Durchschnitt Dienst tun soll. Es soll eine teilweise Doppelschicht eingeführt werden. Was kann nun als Endergebnis konstatiert werden? Man hat stets die sozialdemokratischen Anträge niedergestimmt und sie später zum größten Teil verwirklicht. Freilich tat man dann so, als ob die Sozialdemokraten absolut nichts für die Angestellten getan hätten und nur durch die weise und fürsorgliche Leitung der städtischen Verwaltung alles entstanden wäre. Man wollte die wofür gemeinten Anträge der Sozialdemokraten nicht annehmen, obwohl man gegen ihre sachliche Berechtigung nichts einwenden konnte. Die Angestellten sollten nicht in den Glauben versetzt werden, als ob sie durch die Sozialdemokraten Verbesserungen erhalten hätten. Man sieht aber, wie vorzüglich sich die Taktik der Königsberger Genossen bewährt hat.

Eine empfindliche Steigerung der Fleischpreise ist in allen nord-bayerischen Städten eingetreten. Die Wegger begründen die von ihnen vorgenommenen Preisaufschläge mit den hohen Viehpreisen und den Kosten, die ihnen die Ausführung des Fleischbeschaugesetzes auferlege. Verschiedene Städte haben bereits beschlossen, an das Ministerium die Bitte zu richten, daß die vor zwei Jahren aus Anlaß der Fleischnot gebildete Kommission, die Mittel und Wege zur Verforgung der Städte mit Fleisch finden sollte, einberufen werde und sich mit den gestiegenen Fleischpreisen besesse. Die Kommission hat aber vor zwei Jahren nichts ausgerichtet und wird auch diesmal nichts ausrichten. Inzwischen nimmt in den Städten der Konsum guten Fleisches ab, derjenige minderwertigen Fleisches dagegen zu. Überall sind die Viehbeschauungen ausfallend gestiegen, auch der Konsum von Hundfleisch, der vor kurzer Zeit noch gänzlich unbekannt war, beginnt sich da und dort einzubürgern. Im Erlangen sind die Ochsenbeschauungen zurückgegangen, dagegen die von Kühen und minderen Viehgattungen gestiegen, so daß sich

das Gemeindefleischamt veranlaßt sah, bei der Schlachthofverwaltung nach der Ursache zu forschen; als solche wurde der Rückgang des Fleischpreises bezichtigt, der wiederum seine Begründung in den hohen Viehpreisen habe, hauptsächlich aber komme als Grund die Beschränkung der Einfuhr und die ungenügende Verforgung des Fleischmarktes durch die heimische Landwirtschaft in Betracht. Diese Zustände werden sich natürlich noch mehr verschlimmern, wenn erst einmal die neuen Zollgesetze in Kraft sind.

Von der Verordnung über die Konfektionswerkstätten.

Die Inhaberin einer Konfektionswerkstatt, Frau Weiser, war auf Grund des § 146 der Gewerbe-Ordnung zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie Arbeiterinnen über 10 Uhr abends hinaus beschäftigt habe, derart, daß die nach der sogenannten Konfektionsverordnung des Bundesrats ausnahmsweise höchstzulässige Arbeitszeit von 13 Stunden überschritten wurde. — Angeklagte legte Revision ein und heischte Freisprechung wegen Fehlens einer Strafbestimmung. Die Bundesratsverordnung habe zwar die §§ 137 und 138 a der Gewerbe-Ordnung auf Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion in ihrem Sinn ausgedehnt, nicht aber die Strafvorschrift im § 146 der Gewerbe-Ordnung. — Das Kammergericht verwarf am 4. Mai die Revision mit folgender Begründung: § 154 der Gewerbe-Ordnung bestimme, daß die Bestimmungen der §§ 135 bis 139 der Gewerbe-Ordnung ganz oder teilweise auf Werkstätten ausgedehnt werden könnten. Wenn nun der Bundesrat von der Befugnis Gebrauch mache und eine entsprechende Verordnung erlasse, dann sei das so gut, als wenn die Bestimmungen in der Gewerbe-Ordnung ständen. Die kaiserliche Verordnung über die Kleider- und Wäschekonfektion sei gleichsam integrierender Bestandteil der Gewerbe-Ordnung und ihre Bestimmungen gehörten zu den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, auf welche die bezüglichen Strafvorschriften des § 146 der Gewerbe-Ordnung Anwendung fänden. Uebrigens verweise die Bekanntmachung der kaiserlichen Verordnung (Verordnung des Bundesrats) einleitend aus auf § 146 der Gewerbe-Ordnung. Zweifellos sei § 146 anwendbar.

Berichte gegen Arbeiterschutzvorschriften.

In einem Strafprozeß gegen Mann u. Stomki sprach das Kammergericht am 1. Mai aus, daß auf großen Ziegeleien die Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an allen Stellen des Betriebes, wo jugendliche Arbeiter tätig seien, auszuüben müßten, vorausgesetzt, daß diese Stellen erheblich von einander liegen. Nur bei kleinen Ziegeleibetrieben genüge ein Ausblick am Eingang. Entscheidend sei, daß der Wille des Gefügebers dahin gehe, die jugendlichen Arbeiter sollten die für sie erlassenen Bestimmungen immer vor Augen haben, um ihre Innehaltung kontrollieren zu können. — Ferner kam eine Uebertretung der Bestimmungen des § 115 der Gewerbe-Ordnung in Betracht, wonach den Arbeitern von ihren Arbeitgebern keine Waren kreditiert werden dürfen, jedoch gestattet ist, ihnen u. a. Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung zu verabfolgen. Das Kammergericht erklärte Tabak und Zigaretten nicht für solche Lebensmittel und sagte weiter, Sänaps und Bier könnten als Lebensmittel gelten, wenn sie in mäßiger Menge gegeben würden zu dem Zweck der Erhaltung der Betroffenen. Im übrigen waren in dem Strafverfahren die tatsächlichen Feststellungen so mangelhaft, daß die Sache dem Berufungsrichter nochmal überwiesen werden mußte.

Verammlungen.

Kaufmannsgerichtswahlen. „Sozialdemokraten, Heber und Streifbächer“ lautete das Thema, über das Julius Halkki am Dienstag in einer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und „Gehilfen Deutschlands“ einberufenen öffentlichen Versammlung zu dem Kaufmannsgericht sprach. Er führte aus, daß von einer Handlungsgehilfenbewegung überhaupt erst die Rede sein kann, seitdem die Handlungsgehilfen sich in einer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation zusammengeschlossen haben. Wenn den Mitgliedern dieser Organisation der ständige, rücksichtslose Kampf um ihre Rechte die Bezeichnung „Heber“ eingebracht habe, so nehme man diese Bezeichnung gern hin. Nur nehme es sich etwas sonderbar aus, wenn der deutschsprachige Handlungsgehilfenverband mit dieser Bezeichnung eine geeignete Waffe gefunden zu haben glaubt, um anlässlich der Kaufmannsgerichtswahlen die Liste IV, die Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und „Gehilfen Deutschlands“ bekämpfen zu können. Als in Kiel bei einer Firma die Hausdiener wegen Lohnerhöhung in den Streik traten, da waren es deutschsprachige Handlungsgehilfen, die sich zu Streifbächern erniedrigten und Arbeiten verrichteten, die sie sonst in ihrem Dünkel als der Handlungsgehilfen unwürdig ansehen. Ein Verband, der solche Mitglieder in seinen Reihen duldet, richtet sich selbst. Nachdem der Redner noch in scharfer Weise die sündenhafte Haltung des Hirsch-Dunderfischen Verbandes in allen sozialpolitischen Fragen, die den Handlungsgehilfenhand angehen, beleuchtet hatte, schloß er seine Ausführungen mit der Aufforderung, am 7. Mai nur die Kandidaten der Liste IV zu wählen. Stürmischer Beifall bewies dem Redner, daß die überwiegende Mehrheit der Anwesenden dieser Aufforderung willig Folge leisten werde. Daran wurde auch dadurch nichts geändert, daß der Hirsch-Dunderfische Verband in der Diskussion durch seine Redner den Versuch machte, die freisinnige Sozialpolitik dieses Verbandes mit der Begründung zu rechtfertigen, daß man in der Sozialpolitik mit dem zufrieden sein müsse, was die Reichshaber gerade konsolidierten. Der Referent reagierte mit dieser Sozialpolitik der Teilzahlung in seinem Schlußwort unter dem lebhaften Beifall der Versammlung gründlich ab.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Erfolgreiche Einigungsbestrebungen.

Bremen, 5. Mai. (B. Z. B.) In der heutigen gemeinschaftlichen Sitzung der Direktion der Schiffbau-Aktiengesellschaft „Meier“ und des Ausschusses der Arbeiterschaft wurde bezüglich der Alfordlöhne eine Einigung erzielt. Es besteht Aussicht, daß auch hinsichtlich der übrigen strittigen Punkte eine Verständigung herbeigeführt und dadurch der Ausstand beendet wird.

Allgemeine Semstwo-Versammlung in Moskau.

Moskau, 5. Mai. (B. Z. B.) Zur allgemeinen Semstwo-Versammlung sind etwa 80 Mitglieder eingetroffen. Die Versammlungen sind nicht öffentlich, finden in Privatwohnungen, und zwar jeden Tag an anderer Stelle statt und haben einen rein privaten Charakter. Es wurde beschlossen, keine Mitteilungen über die Sitzungen zu veröffentlichen. In der ersten Sitzung fand die Besprechung des Planes einer neuen Organisation des Reiches statt. Die angekommenen ausländischen Berichterstatter haben bisher keinen Zutritt zu den Sitzungen erhalten.

Opfer der Arbeit.

Rhon am Enfersee, 5. Mai. (B. Z. B.) Heute wurden hier beim Bau eines Erkers drei Arbeiter durch einen herabstürzenden 70 Zentner schweren Steinblock getömet und zwei tödlich verletzt.

Bordmund, 5. Mai. (B. Z. B.) Hier ist die amtliche Mitteilung eingegangen, daß die diebzehnjährigen Flottenmänner aufgeschoben werden. Der Grund ist nicht angegeben; aber man ist der Ansicht, daß die Regierung möglicherweise die Maßnahme getroffen hat, um während des Besuchs des französischen Geschwaders eine große Flotte in den heimischen Gewässern zu haben.

12. Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands.

Dresden, den 28. April.

Zum Punkt

Gewerkschaftslogengröß

Beauftragt Bachmann, die Delegierten zu beauftragen, dafür einzutreten, daß die Kaiserfeier entweder auf den Abend verlegt wird oder auf den folgenden Sonntag. Die Gewerkschaften seien jetzt nicht in der Lage, die Arbeiterruhe zu erzwingen. So, wie zurzeit die Kaiserfeier begangen werde, sei sie keine Demonstration. Krauspe erhebt sich auf den Boden der Amsterdamer Resolution zu stellen, es aber den einzelnen Orten zu überlassen, wie sie die Arbeiterruhe durchführen wollen. Verbandsvorsitzender Mahler hält es für besser, die zur Erzwingung der Arbeiterruhe nötigen Mittel zur Verfügung der Arbeitszeit zu verwenden. Vom Verband dürften jedenfalls keine Mittel für die Kaiserfeier eingestellt werden. Schnell ist auch der Meinung, daß der Verband als solcher sich in dieser Frage nicht engagieren dürfe. Die einzelnen Ortsmög, soweit sie können, die Kaiserfeier durch Arbeiterruhe begehen. Redner wünscht aber eine Erörterung der Grenzstreitigkeiten. Hier einen Ausgleich zu suchen, wäre eine dringende Notwendigkeit. Allgemein wird dann von den Rednern Klage gegen den Fabrik- und Hilfsarbeiter-Verband wegen seiner Agitationsweise geführt. Vorsitzender Mahler schlägt nicht die Schuld auf die Zentralleitung des Fabrikarbeiter-Verbandes, sondern auf die in den einzelnen Orten tätigen Mitglieder dieses Verbandes. Das beste Mittel hiergegen sei, daß auch die Mitglieder des Lederarbeiter-Verbandes dieselbe Mäßigkeit in der Mitgliederwerbung an den Tag legen wie die des Hilfsarbeiter-Verbandes. Der Vertreter der Generalkommission, Sabath, äußert sich in gleichem Sinne wie der Vordrner. Alle Beschlüsse des Gewerkschaftslogengrößes könnten an diesem Zustande nicht viel ändern, das hätten die bereits gemachten Erfahrungen bewiesen. Das beste wäre, wenn man in bestimmten Beschwerdefällen sich direkt an die betreffenden Zentralvorstände um Abstellung wende. Nach Schluß der Debatte beschließt man, sich in der Frage der Kaiserfeier auf den Boden der Amsterdamer Resolution zu stellen. Als Delegierte zum Gewerkschaftslogengröß werden Mahler und Schnell bestimmt.

Zum Punkt Festsetzung der

Gehälter und Remunerationen

für die Ortsbeamten, Vorstände und Ausschussmitglieder beantragt der Zentralvorstand, die Gehaltsätze der besoldeten Zentralvorstandsmitglieder nach den Vorschlägen des Gewerkschaftslogengrößes zu normieren. Die Zahlstelle Magdeburg beantragt als Anfangsgehalt 1800 M., steigend bis 2400 M. Bei der namentlich erfolgten Abstimmung wird der Antrag des Zentralvorstandes mit 20 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag Magdeburg stimmen 22 Delegierte. Somit ist dieser zum Beschluß erhoben. Dem Beschluß wird rückwirkende Kraft gegeben.

Zur Remuneration für die Ortsbeamten wird beschlossen, von den den Ortsvereinen verbleibenden Prozenten der Einnahme 4 Proz. zu verwenden. Die Entschädigung für die Gauleitungen wird in die Hände des Zentralvorstandes gelegt.

Der Vertreter des österreichischen Bruderverbandes, Postler, beantragt, zu beschließen, daß über verschiedene Punkte des bestehenden gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen den Leitungen eine Verständigung herbeigeführt werden soll. Deutsche Feinlederfabrikanten beschäftigen in Nordböhmen Fabriken anzulegen, was zur Folge haben würde, daß ein größerer Arbeiteraustausch zwischen beiden Reichen stattfinden werde. Deshalb seien Änderungen im gegenseitigkeitsverhältnis nötig. Dem Zentralvorstand wird die Ermächtigung erteilt, die nötigen Schritte zu unternehmen.

Zur Verschmelzungsfrage mit der Kranken-Zusatzkasse wird ein bestimmter Beschluß nicht gefaßt, sondern die Lösung dieser Angelegenheit den beiden Zentralvorständen zur Vorberatung überlassen.

Der Sitz des Vorstandes wird in Berlin, der des Ausschusses in Hamburg belassen.

Als Verbandsbeamte werden Mahler als erster Vorsitzender und Bok als Kassierer wiedergewählt.

In der Nachmittags Sitzung wird in die Beratung der von der Kommission vorgebrachten

Regelung der Unterstützungsätze

eingetreten, die eine kleine Erweiterung der Leistungen des Verbandes mit sich bringt. Der Erweiterung ist ja durch die Abkündigung aller Anträge auf Erhöhung der Beiträge eine Grenze gezogen. Die Reiseunterstützung wird um einige Tage verlängert, die Ortsunterstützung bleibt dieselbe, jedoch soll diese Unterstützung vom Tage der Entlassung an gezahlt werden. Die Familienunterstützung wurde von 4 auf 6 und die Waiseunterstützung auf 10 Wochen erhöht. Betreffs der Streikunterstützung ist die Unterstützung für Kinder von 50 Pf. auf 1 M. erhöht worden. Nichtorganisierte bekommen keine Streikunterstützung. Die Streikunterstützung für ledige und Verheiratete wird auf gleiche Höhe gebracht. Die Mindestkilometerzahl für die Berechtigung zum Bezahlen von Umzugsentschädigung wird von 15 auf 10 Kilometer herabgesetzt. Es wird Fahrgehalt letzter Klasse gewährt. Es erfolgen noch eine Reihe von Änderungen des Statuts, die meist nach den Vorschlägen der Kommission angenommen werden, für die weitere Öffentlichkeit aber kein besonderes Interesse haben.

Eine lebhafte Debatte entspinnt sich darüber, ob kranke Mitglieder Beiträge zur Organisation bezahlen sollen oder nicht. Ein Antrag Schnell, alle kranken Mitglieder sollen Beitrag zahlen, wird aber mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Antrag der Kommission, daß kranke Mitglieder vier Wochen lang Beiträge zahlen und dann befreit werden, wird mit 14 Stimmen angenommen. Die Erhebung von Extrabeiträgen soll künftig nicht an eine Urabstimmung gebunden sein, wie das in dem Statut bisher verlangt wurde. Ein Antrag, der dem Zentralvorstand einen größeren Einfluß auf die Abhebung von Beamten des Verbandes gibt, wird angenommen. Die Frucht der Äffäre Weizwenger ist ein Antrag, daß Gelder nur abzusehen sind, nachdem dies durch drei Unterschriften bestätigt ist. Ein Antrag: „Eine Revision der Kasse und Bücher durch einen vereidigten Wägerevisor hat alljährlich stattzufinden“, wird, nachdem auch Sabath dagegen gesprochen, abgelehnt. Sabath meint, wenn ein Kassierer mit der Kasse durchbrennt, nützt auch ein vereideter Wägerevisor nichts mehr. Die Kilometerzahl für eine Tagesreise auf der Reise wird von 30 auf 25 Kilometer herabgesetzt, da bei schlechtem Wetter und im Winter 30 Kilometer Marschleistung jeden Tag zu anstrengend sind. Ein Antrag, vom Militär zurückkehrenden Mitgliedern, die ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, die Ortsunterstützung zu gewähren, wird abgelehnt.

Ein sonderbarer Antrag ist der von Rosen, daß Mitglieder, die selbständig werden, noch Umzugslosen gewährt werden. Er wird angenommen. Sabath weist nach der Abstimmung auf das

Ungeheuerliche des Beschlusses hin. Es sei geradezu die Auszugsprämie aus dem Verband. Man gebe dem, der doch sicher aus dem Verband austritt, seine ganzen geleisteten Beiträge wieder. Das dann akzeptierte Streitreglement (Antrag des Zentralvorstandes) schafft eine etwas strengere Disziplin bei Lohnbewegungen. Der Verband übernimmt die Hälfte der Versicherungsbeiträge zur Unterstützungsgenossenschaft.

In dem Statut soll der Galgenparagraf des Koalitionsrechtes (153) abgedruckt werden zur Warnung, ebenso der § 152. Sämtliche Statutenänderungen sowie das dreimalige Erscheinen der Zeitung sollen am 1. Juli 1905 in Kraft treten. Als Ort der nächsten Generalversammlung (1908) wird Frankfurt a. M. bestimmt. Vorgeschlagen war außerdem Mühlhausen i. Th.

Es werden noch eine Reihe von Beschlüssen erledigt und dann die inzwischen formulierten

Tarifresolution

angenommen. Sie lautet:

„Soweit sich Gelegenheit bietet, feste Vereinbarungen mit dem Unternehmer abzuschließen, sind solche anzustreben.“

Für die Art und Dauer solcher Verträge läßt sich keine allgemeine Norm festsetzen. Die 12. Generalversammlung betrachtet es als die Aufgabe der Verbandsleitung resp. der Ortsvorstände der einzelnen Zirkale, die Vereinbarungen so zu gestalten, daß sie nicht zum Nachteil der in unserem Beruf beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ausarten können.

Die 12. Generalversammlung sieht in dem Abschluß solcher Verträge kein Aufgeben des gewerkschaftlichen Prinzips, sondern die Anerkennung eines starken Einflusses der gewerkschaftlichen Organisation, da ohne eine solche Organisation solche Vereinbarungen keinen Rückhalt haben.“

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden wird der Kongress mit einem dreifachen Hoch auf den Lederarbeiterverband geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ueber den Umfang der Mai-Ausperrung in Berliner Songewerbe wurden Mitteilungen gemacht in zwei Baureterversammlungen, die am Donnerstag stattfanden.

Der Zweigverein Berlin des Zentralverbandes der Maurer hielt eine Generalversammlung bei Keller ab, in der zunächst die Wahl des Verbandsauschusses vorgenommen wurde. Die Wahl erfolgte durch Stimmzettel; zur Feststellung des Resultats wurde eine siebenköpfige Kommission gewählt. Unter Verbandsangelegenheiten teilte der Vorsitzende Thöns mit, daß die im „Vorwärts“ gemachten Angaben über die Beteiligung der Maurer an der Kaiserfeier irrtümlich seien. Es hätten, die Lokallisten mitgerechnet, ungefähr 12 000 Maurer am 1. Mai gefeiert. Außerdem feierten 3000 Pauer und 2500 Kollegen von der Gips- und Zementbranche. Im Maurerverband organisierte Miesener haben 100 gefeiert. Ausgesperrt waren am 2. Mai 1700 Maurer und 78 Gips- und Zementarbeiter; am 3. Mai meldeten sich im Verbandsbureau nur noch 97 ausgesperrte Maurer und am nächsten Tage war ihre Zahl auf 46 gefallen. Die Unternehmer haben also mit ihrer Mai-Ausperrung nichts erreicht, sondern nur ein gründliches Fiasko erlitten. — Die Generalversammlung beschloß gegen wenige Stimmen, daß den nur am 2. Mai ausgesperrt gewesenen Kollegen diesmal keine Unterstützung gezahlt werden soll, die länger ausgesperrt dagegen als gemahregelt anzusehen sind. Dieser Beschluß wurde nicht etwa aus Sparsamkeitsrücksichten gefaßt, sondern damit begründet, daß es dem idealen Charakter der Kaiserfeier entspricht, wenn die Feiernenden sich bereit zeigen, auch materielle Opfer dafür zu bringen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer beschäftigte sich in seiner Versammlung ebenfalls mit der Mai-Ausperrung. Es wurde festgestellt, daß von 63 Unternehmern 255 Vereinskassierer meist für einen Tag, den 2. Mai, ausgesperrt worden sind. Daß die Unternehmer sich mehr und mehr an die Kaiserfeier gewöhnen und ihre Ausperrungsbeschlüsse von Jahr zu Jahr weniger beachten, erseht man daraus, daß noch im Jahre 1903 anlässlich der Kaiserfeier 564 Mitglieder ausgesperrt worden sind. Die diesjährige Ausperrung ist im Verhältnis zur Zahl der Feiernenden nur gering. Auf einem Bau, wo die Feiernenden am 2. Mai nicht arbeiten durften, forderten sie am 3. Mai als Antwort auf die Ausperrung eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 78 Pf., die ihnen auch gewährt wurde.

Ein Fall wurde angeführt, wo ein evangelischer Pastor sich ausperrungswütiger zeigte als die Unternehmer. Es handelt sich um den Neubau einer Kirche am Götter Ufer. Auch hier hatten Maurer und Zimmerer gefeiert, ohne daß die betreffenden Unternehmer eine Maßregelung vornahmen. Aber Pastor Lange, der bei dem Kirchenbau das bauleitende Komitee vertritt, bestand darauf, daß die Arbeiter, welche den 1. Mai gefeiert hatten, auf dem Kirchenbau nicht weiter beschäftigt werden dürfen, denn, so meinte der Hüter des Christentums, Sozialdemokraten können beim Kirchenbau nicht gebildet werden.

Die Versammlung beschloß, daß den Ausgesperrten sowie den 87 arbeitslosen Mitgliedern für den Tag der Ausperrung die übliche Unterstützung zu zahlen ist.

Metallarbeiter!

Wächung, Metallschläger! Die Kollegen der Firma Galaul, Friedrichsberg, haben wegen Nichtinnehaltung des Tarifs seitens der Firma die Arbeit niedergelegt. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten. Auch die organisierten Vergolder erheben wir um Beachtung.

Wächung, Dreher und Schlosser! Die Firma Progres-Charlottenburg ist gesperrt.

Wächung, Chirurgische Branchel Der Streik bei Hauptner dauert unverändert fort.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohnbewegung der Schmiede ist jetzt endgültig be- schlossen. Am Donnerstagabend fand zur definitiven Beschlußfassung eine öffentliche Schmiedeverammlung im Gewerkschaftshause statt, zu der auch die bei den Zünngemeistern und in Fuhrwerksfirmen tätigen nichtorganisierten Gesellen erschienen waren. Die Versammlung war überfüllt. Vom Verbandsvertreter Siering wurde darauf hingewiesen, daß diese Lohnbewegung, da sie seit 17 Jahren die erste für Berlin sei, einer außerordentlich sorgfältigen Vorbereitung bedürftig habe. Es sei nun mit Bemühtung zu konstatieren, daß sämtliche Gesellen das regste Interesse an der Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bekunden und vollständig einig sind in dem Willen, den Zünngemeistern ihre überlebten zünftlichen Mäuren, wie sie in der Behandlung, Entlohnung und der

langen Arbeitszeit zum Ausdruck kommen, endlich einmal abzugewöhnen, sowie halbwegs moderne Zustände in den Werkstätten der großen Fuhrunternehmern herbeizuführen. Redner erläuterte alsdann Punkt für Punkt die in einer früheren Mitgliederversammlung aufgestellten, bereits bekannt gegebenen Forderungen. Er ermahnte die Erschienenen eindringlich, es bei diesen beschiedenen Forderungen bewenden zu lassen, da nun eben nicht mit einmahl alle sonst auch noch so berechtigten Wünsche der Gesellen durchgesetzt werden könnten. Im Hinblick auf die öffentliche Meinung könne der Vogen nicht überspannt werden, sondern man wolle nicht mehr fordern, als was die Arbeitgeber bei einigermaßen gutem Willen ohne besondere Schwierigkeit zu bewilligen umstände wären. Die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit habe ein Teil der Meister auch bereits eingesehen. Da sei es jetzt auch erforderlich, den Arbeitgebern das nötige Verständnis für einen auskömmlichen Lohn beizubringen, umjomehr, als nach den Ergebnissen der Lohnstatistik über die Hälfte der Berliner Gesellen noch nicht einmal einen Wochenlohn von 24 M. verdienen. — Nach kurzer Debatte erklärte sich die Versammlung einmütig mit den aufgestellten Forderungen einverstanden. Beschlossen wurde sodann, daß die Ortsverwaltung des Schmiederverbandes unter Hinzuziehung des Gesellenauschusses bei den Arbeitgebern die Forderungen noch bis zum Ablauf dieser Woche einzureichen habe mit der Maßgabe, den Arbeitgebern 14 Tage Weidenzeit zur unterschriftlichen Anerkennung derselben zu lassen.

Wächung, Bretterträger! Die Firmen Sauerland Nachf. Pöbling, David Frank Söhne und Schwarz u. Vollmann suchen ihre Anwerbung von Arbeitswilligen dadurch erfolgreicher zu betreiben, daß sie die in Folge der Kaiserfeier vorgenommene Ausperrung als einen von den Arbeitern begonnenen Streik darstellen. Bis jetzt ist es den Agenten dieser Firmen geglückt, zick 40 Arbeitswillige von auswärts heranzufoden. Es ist dringend notwendig, den Zugang fernzuhalten. Auch die Zimmerer werden ersucht, falls ihnen in das Fach der Bretterträger einschlagende Arbeiten angeboten werden, in jedem Falle Solidarität zu üben. — Um Abdruck in allen arbeiterfreundlichen Blättern wird gebeten.

Wächung, Sattler! In der Treibriemenfabrik von Fr. Hannele junior in Regal haben sämtliche Niesennäher die Arbeit wieder-gelegt. Daher ist Zugang streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Freiheitsberaubung. In Charlottenburg, dessen Polizei sich seinerzeit schon berüchtigt gemacht hat wegen ihres Vorgehens gegen die streikenden Arbeiterinnen der Firma Siemens u. Halske, ist angeblich wieder einmal die bürgerliche Freiheit lediglich deswegen bedroht, weil es der Leitung der „Progres“-Motorräderfabrik einfiel, ihre Arbeiter der Kaiserfeier wegen auszusperrn. Keinem Menschen wird gestattet, in der Nähe der Fabrik stehen zu bleiben. Die Polizei hält Stehenbleibende des Streikpostenstehens für verächtlich, und das ist, wie Herr Leutnant Klawitter vom 7. Polizeirevier glaubt, nicht erlaubt. Die Folge dieser falschen Meinung des Herrn Leutnants sind andauernde Sittungen, die leider dadurch den Charakter von Freiheitsberaubungen annehmen, daß der Herr Leutnant die Befehle besser unterrichtet Streikposten unbeachtet läßt und u. a. einen derselben bis zu 5 Stunden auf der Wache behält. Vielleicht unterrichtet der Herr Polizeipräsident von Charlottenburg, bei dem dieserhalb Beschwerde geführt wurde, Herrn Leutnant Klawitter über die Grenzen seiner Befugnisse. — Bemerk sei noch, daß der eigentliche Leiter der Polizei vor der Fabrik der Lagerverwalter Waldeyer ist. Dieser bezeichnet den Beamten die Wegzuweisen den bezug zu verhaftenden Persönlichkeiten und genießt ein solches Ansehen bei der Polizei, daß diese seinen Anordnungen prompt Folge leistet.

Deutsches Reich.

Wächung, Leistenvergolder! Der Streik bei der Firma A. Waack in Brandenburg a. O. ist nach achtstägiger Dauer zugunsten der Arbeiter beendet.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder Deutschlands.

Der Streik der Maurer und Bauarbeiter in Dsnabrad tobt bereits seit mehreren Wochen und ist noch immer unentschieden. Eine große Anzahl der Streikenden sind abgereist. In den letzten Tagen ist es den Unternehmern gelungen, eine Anzahl italienischer Maurer aufzutreiben, die als Streikbrecher verwendet werden sollen. — Zugang von Wauerrern und Bauarbeitern nach Dsnabrad ist noch wie vor streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Fuhrleute in Köln und, soweit in gemischten Betrieben Lagerarbeiter in Betracht kommen, auch diese, sind am Donnerstag in den Ausland getreten, weil ihre beschiedenen Forderungen (u. a. 24 M. Wochenlohn) nicht bewilligt wurden. Ausständig sind etwa 700 Arbeiter, darunter die der größten Unternehmer. Bei Bedr. Strohe erschienen von etwa 160 Mann nur 8. Ein Teil der Unternehmer hat die Forderungen bereits bewilligt.

Der Kölner Schuhmacherstreik ist zugunsten der Arbeiter nach 16tägiger Dauer beendet.

Ein Streik der Moler und Anstreicher ist nun auch in Wahrenz ausgedrohen, nachdem die Unterhandlungen mit den Meistern über die eingereichten Forderungen sich gescheitert haben.

Die Münchener Fuhrwerksbesitzer stellen den Betrieb ein, weil der von ihnen vorgelegte Fuhrwerkstarif vom Stadtbauamt und von der Baumeisterinnung bisher nicht anerkannt worden ist. Die Zahl der Fuhrwerksbesitzer beträgt 587.

Suoland.

Ausperrung der Bauarbeiter in Stockholm. Der Versuch, eine friedliche Verständigung zwischen den Arbeitgebern und den gewerkschaftlichen Arbeitern des Baugewerbes zustande zu bringen, ist mißglückt. Infolgedessen ist die vom zentralen Arbeitgeberverband beschlossene Ausperrung der den Gewerkschaften angehörigen Bauarbeiter in Kraft getreten. Die Ausperrung erstreckt sich vorläufig auf etwa 2000 Arbeiter.

Der Streik der Rutscher in Chicago hat die Unternehmer zu der Maßnahme veranlaßt, schwarze Streikbrecher heranzuziehen. Die öffentliche Meinung hat sich aber so energisch gegen die Heranziehung von Regern gewandt, daß das von den Unternehmern anfangs für probat gehaltene Mittel in Gegenteils umschlag und den Unternehmern mehr Schaden als Nutzen brachte. Namentlich die Bewachung der streikbrechenden Regern mit Revolvern hat die gesamte Öffentlichkeit derart aufgebraut, daß die Unternehmer beschloffen, von dieser Maßnahme künftig abzusehen. Am Sonnabend wird der Gouverneur eine Besprechung mit dem Bürgermeister zum Zweck der Beilegung des Ausstandes haben.

Recht einfach in der Verwendung ist

Anorrs Hasermehl, jede Paketkülle trägt die eingehend gehaltene Gebrauchsanweisung. Durch seine einfache Verwendungsweise hat sich Anorrs Hasermehl, überhaupt alle Anorrschen Fabrikate in allen Schichten der Bevölkerung schnell und dauernd eingebürgert. Die Hasermehlspeisen werden in kürzester Zeit unter entsprechendem Zusatz von Milch oder von Wasser fertiggestellt. Ein sehr angenehmer Vorteil ist dies insofern, weil man zu jeder Zeit rasch eine frische, appetitanregende Speise bereiten kann. Anorrs Hasermehl ist für jeden Haushalt ein Universalnährmittel und muß deshalb stets vorrätig gehalten werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 6. Mai:
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Schauspielhaus. Die drei Mosen.
Neues Opernhaus. Jung-Heidelberg.
Deutsches. Der Weibsbogen.
Berliner. Vorstellung der Berliner Schillerfeier 1905.
Westen. Die neugierigen Frauen.
Nachmittags 3 Uhr: Die Glode.
Wallensteins Lager. Lebende Bilder.

National. Die Faborlin.
Neues. Ein Sommernachts Traum.
Thalia. Das Urteil des Midas.
Die Bäder von Lucca.
Zentral. Der Bettelstudent.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Maria Stuart.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.)
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.

Leffing. Eiga.
Kleines. Rosmersholm.
Reisberg. Herzogin Crevette.
Trianon. Ihr zweiter Mann.
Welle-Alliance. Liebesmanöver.
Carl Reich. Der Schütze-Franz von Berchtesgaden.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Kalino. Lolos Vater.
Kunstspielhaus. Der Familientag.
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.

Metropol. Die Herren von Maxim.
Wintergarten. Leo de Merode. Spezialitäten.
Deutsch-Amerikanisches. Uebem großen Tisch.
Gernfeld-Theater. Die Reyerhains.

Passage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Tausendkrohn 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Simphon und sein Gebiet.
Invalidentheater 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Ein Sommernachts Traum.
Sonntag, Montag: Ein Sommernachts Traum.

Kleines Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rosmersholm.
Sonntag: Die Neuvermählten.
Abschiedssouper. (Anf. 8 Uhr.)
Montag: Nachtschl. (Anf. 8 Uhr.)

National-Theater.
Weinbergsweg 19.
Sonnabend, den 6. Mai 1906:
Die Favoritin.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Gaßspiel v. Mrs. Wynn von der großen Oper in Paris und des königlichen Kammerängers Werner Alberti und Juan Luria. Sonntag: Die Fledermaus.

WOLZOGEN-OPER
THALIA-THEATER.
DIE BÄDER VON LUCCA.
Bill-Verk. Thalia-Theat. 10-11/2.
Wertheim.
Invaliden- und Künstlerdank.
Anfang 8 Uhr.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Ihr zweiter Mann.
Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater.
Vollringstraße 37. Täglich 8 Uhr:
Ihr noch kurze Zeit!
Colo's Vater.
Vollständig in 4 Akten v. L'Arronge.
Vorher das vollst. neue Mai-Programm.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Heirat auf Probe.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Abendlich: Der Familientag.
Sommerpreise.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
Münzstr. 16.
Kurzes Gaßspiel des berühmten taubstummen Zauberkindes
Professor **Paulo.**
die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.
Hiesendame, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Arabella, total taubstumm.
Entree 20 Pf.

Urania, Tausendstr. 48/49.

8 Uhr:
Der Simphon und sein Gebiet.

Sternwarte Invaliden- str. 57/62.

P. GASTAN'S
PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Das sensationelle
Riesen-Mädchen!!!

Rosa Wedsted,
2 Meter 20 cm hoch,
größte lebende Riesin der Welt.

Neue Königl. Oper (Kroll).
Heute und folgende Tage:
! Novität!
Jung-Heidelberg.

Operette von Millöcker.
Anf. 7 1/2 Uhr. Billetverkauf: Kgl. Opernhaus, Schalter 3, Wertheim, Invalidendank und Abendkasse.

Apollo-Theater.
218. Friedrichstraße 218.
Debüt der erstklassigen Mal-Spezialitäten.
Wiederanstreuen von Robert Steidl.
Zum 171. Male:
Berliner Luft.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 181. Male:
Die Herren von Maxim.

Große Ausstattungsgeselle mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Residenz-Theater.
Dir.: **Richard Alexander.**
Heute bis Montag Beginn 8 Uhr:
Herzogin Crevette.

Dienstag (Schillerfeier): Beginn ausnahmsweise 7 1/2 Uhr: Die Gastei von Blaeswitz. Dramatische Anekdote in 1 Akt von S. Schlesinger. Hierauf: Herzogin Crevette.
Mittwoch und folgende Tage 8 Uhr: Herzogin Crevette.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonnt. 3, Wochent. 5 Uhr.

Oriona
akrobatische Tänzlerin.
Hinode Truppe
japanische Gymnastiker.
Emmi Kröchert
mit neuem Repertoire und das glänzende Mai-Programm.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute und morgen:
Große Schiller-Feier.

u. a.: Das Lied von der Glocke. Deklamation mit lebenden Bildern.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Bernhard Rose-Theater
Gefundbrunnen, Badstraße 58.
Heute:
Große Extra-Benefiz-Vorstellung für Ernst Franzen:
Der Trompeter v. Säckingen.

Romanisches Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von Hildebrand u. Keller.
Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Morgen Sonntag Eröffnung des Sommergartens. Große Extra-Vorstellung. Im Saale: Ball.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Die Meyerhains.

Romödie in 3 Akten mit den Autoren **Anton u. Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Montag, den 15. Mai:
Letzte Vorstellung in dieser Saison.

Schiller-Theater Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Sonntag, nachm. 8 Uhr:
Maria Stuart.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Montag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
In 1 Akt von Friedrich Schiller.
Die Piccolomini.
In 5 Akten von Friedrich Schiller.
Sonntag, nachm. 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Montag, abends 8 Uhr:
Maria Stuart.

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Inhaber: Albert Moerner, Blumengarten.
Heute, sowie täglich:
Gastspiel des Wiener Konzert- und Variété-Ensembles
Direktion: **F. Sander.**
Anfang: 8 Uhr.

Krug zum grünen Kranze
am Alexanderplatz (im Keller).
Täglich: „Fidelitas!“
Carl Lüdeckes
humoristisches Ensemble.
Entree frei. 30052*

Reederei Nobiling.
Morgen Sonntag sowie Dienstag (Schiller-Feier):
Dampfer-Extrafahrten mit Musik
nach **Zwiebusch, Berliner Schweiz** (Herrliche Aussicht).
Abfahrt früh 9 Uhr } **Restaurant Schnittheiß** (Jannowitz-Brücke).
mittags 2 1/2 Uhr }
Preis hin und zurück 75 Pf., Kinder 50 Pf. Dienstag: Abfahrt 2 1/2 Uhr nachmittags. Preis 50 Pf. resp. 25 Pf.
Dampfer zu Ausflügen sind billigst bei der Reederei zu haben.
Hermann Gärtner.

Wohin gehen wir Sonntags, und wohin machen wir unsere Land- und Wasser-Partie? Nach **Pichelswerder** zum **alten Freund.**
Da ist es gemächlich und schön, und wir sind immer gern geistig.
Es ladet ein **Größter Tanzsaal** in der Umgebung.
[20062*] Der alte Freund.

Unerreicht
billigste Bezugsquelle für moderne Herren- und Knaben-Garderobe ist nur
110 Leipzigerstraße 110.
Kein Laden!! Hof geradezu!!
Anzüge und Paletots, auch für fertige Figuren, von **10 M.** an.
Eustre- u. Wasch-Jackets spottbillig!
110 Leipzigerstraße 110.
Hof geradezu! 30152

Palast-Theater
Burgstr. 22. früher Feen-Palast. Eingang Bollgangstraße.
2 Min. v. Hof. Börse. Bis-a-vis d. Börse.
Sonnabend, den 6. Mai 1906
Sonntag, den 7. Mai 1906
Montag, den 8. Mai 1906
Schiller-Feier.
In allen drei Abenden werden angeführt:
Maria Stuart 3. und 5. Akt.
Kabale und Liebe 3. u. 5. Akt.
Wilhelm Tell 3. und 4. Akt.
Gaßspiel erster Bühnen-Künstler.
Anf. präzis 8 Uhr. Kleine Preise.
Ehren- und Vorzugsarten haben an allen drei Tagen Giltigkeit.

Zirkus Henry.
Heute Sonnabend, 6. Mai, 8 Uhr abends:
II. High-Life-Evening
mit besonderem Sportprogramm, sämtliche mitwirkende Künstler in Gala-Kostümen. Programm in Detail enthält 17 der besten Nummern des Zirkus-Repertoires.
Preise der Plätze: Loge R. 3.-, Speerstr. R. 2.-, 1. Platz 1.50, 2. Platz R. 1.-, Stehplatz 50 Pf.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Gaßspiel der Original-Zeigenseer.
Der Schnitzer-Franz
von Berchtesgaden.
Oberbayerisches Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten v. Franz Seifert.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag nachm. 3 Uhr Parfüm 60 Pf.
Der Gamskönig. Sonntag im Garten: Erste große Spezialitäten-Vorstellung.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige neue
Mai-Programm.
20 erstklassige Nummern.
Abendlich:
Großer Ringkampf
Parodie.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Unsere süßen Dienstmädchen. Barletts von Weffel.



30 Pf. 2,25 M.
60 Pf. 4,00 M.
1,10 M. etc.

Pereat
gefällig geschätzt, wirkungskräftigstes Insektenpulver ist als **Bestes Mittel** zur vollständigen Vertilgung von **Schwaben** Fliegen, Kollern, Flöhe, Ameisen, Kakerlaken 30222*

Wanzen etc. bekämpft.
Nur echt in Originalboxen mit dem Namen „Pereat“
Fritz Kratz, Drogen,
Berlin N. 39, Reinickendorferstraße 70.

Die Konkurrenz-Parforcejagd.
Der heut' ist der Bekannte Waise. So wird gar traurig mir zu Sinn, Ein Jeder kämpft mit grimmem Sinn, Der nur auf sich die Blicke hat.
Wir sind, so heißt's, die Waiskinder, Wir überdauern nicht, bedenk, Wir können herzu, halt's im Chor,
Wir geb'n die Ware halb geschenkt, Die heut'ge Zeit kennt keine Wunder,
Der ehrlich, der gesteh's im Nu, Der schenken kann man alten 30052 Wunder,
Sonn' heißt's bald: mach die Klappe zu.
Wo's gilt ein redlich Kontrahieren, Ist's Unversum nicht dabei, Drum woll's mit Prüfen erst probieren,
Ob Kauf, ob nicht, ist einerlei.
Großartige Auswahl von **Herren- u. Knabenbekleidung** fertig und nach Maß:
Herren-Sommer-Paletots, streng modern, 9, 12, 15, 18, 24, 30 R. pr. Herren-Jacke-Anzüge, in modern. Streifen u. kariert, 10, 15, 18, 21, 25, 30 R. prima Herren-Gehrock-Anzüge, ft. in- u. ausländisch, Stoffe, 24, 26, 28, 30, 35 R. pr. Herren-Joppen in Roden- u. Fantasiestoffen 2,50, 3, 4, 5, 6, 7 R. prima Herrenhosen in allen Dessins u. Knosfrüngen 2,50, 3, 4, 5 bis 10 R. pr. Knaben-Anzüge moderne Fassons, halbbare Stoffe, 3, 4, 5, 6, 7, 8 R. prima Arbeitshosen, Jackson sowie sämtliche Berufskleidung in größter Auswahl u. zu billigsten Preisen.

„Universum“
21. Invalidenstr. 21.
Um Stett. Bahn, u. d. Postamt 4. Jeder Käufer erhält ein Geschenk! **Frack-Verleihe!**

Eine Mark
wöchentl. Teilzahlung
liefere elegante, fertige **Herren-Moden.**
Gefäß für Maßarbeit.
Anfertigung nach Maß,
keine Verarbeitung.
Garantie tadelloser Sitz.
Spezialgeschäft für **Herren-Bekleidung.**
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg
An der Jannowitzbrücke 1, I.
Bühnhol Jannowitzbrücke.

Zentralverband deutscher Textilarbeiter.
Zentrale Berlin II. Posamentiers.
Unser langjähriger Arbeitsnachweis-Dir. Herr **Heinrich Lüneburg** ist gestorben.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung heute nachmittags 6 1/2 Uhr am Trauerhause Schönholz Nr. 3 aus.
Um recht rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Todesanzeige.
Am 56. Jahre starb nach langem Leiden unser lieber Gatte und Vater, der Tischler **Lucas Raethel.**
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde, Bappelallee 15, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.
Am 56. Jahre starb nach langem Leiden unser lieber Gatte und Vater, der Tischler **Lucas Raethel.**
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde, Bappelallee 15, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.
Am 56. Jahre starb nach langem Leiden unser lieber Gatte und Vater, der Tischler **Lucas Raethel.**
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde, Bappelallee 15, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.
Am 56. Jahre starb nach langem Leiden unser lieber Gatte und Vater, der Tischler **Lucas Raethel.**
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde, Bappelallee 15, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.
Am 56. Jahre starb nach langem Leiden unser lieber Gatte und Vater, der Tischler **Lucas Raethel.**
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde, Bappelallee 15, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.
Am 56. Jahre starb nach langem Leiden unser lieber Gatte und Vater, der Tischler **Lucas Raethel.**
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde, Bappelallee 15, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.
Am 56. Jahre starb nach langem Leiden unser lieber Gatte und Vater, der Tischler **Lucas Raethel.**
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde, Bappelallee 15, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.
Am 56. Jahre starb nach langem Leiden unser lieber Gatte und Vater, der Tischler **Lucas Raethel.**
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde, Bappelallee 15, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.
Am 56. Jahre starb nach langem Leiden unser lieber Gatte und Vater, der Tischler **Lucas Raethel.**
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde, Bappelallee 15, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.
Am 56. Jahre starb nach langem Leiden unser lieber Gatte und Vater, der Tischler **Lucas Raethel.**
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde, Bappelallee 15, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.
Am 56. Jahre starb nach langem Leiden unser lieber Gatte und Vater, der Tischler **Lucas Raethel.**
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde, Bappelallee 15, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.
Am 56. Jahre starb nach langem Leiden unser lieber Gatte und Vater, der Tischler **Lucas Raethel.**
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde, Bappelallee 15, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

„Die Nonne“
Roman von **Denis Diderot.**
Dieses von Goethe und Schiller hochgeschätzte Buch wurde auf Antrag der Leipziger Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, jetzt aber wieder freigegeben. Der Verfasser behandelt in dem Buche die Erlebnisse eines jungen Mädchens im Kloster, das von seinen Eltern gezwungen wurde, Nonne zu werden, und gibt gleichzeitig eine Schilderung der im Kloster herrschenden Sittenverhältnisse. 234 S.
Das Buch kostet brosch. 2.- R. geb. 3.50 R.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Reste
Damenutens., schwarz u. farb. Costumes-Stoffe, neueste Kammgarne (Muster) Staubmängel-Stoffe Corakrow Sammet, Plüsch Besatzartikel. 2265L*
Confection
Jaquett, Dollmann Staubmängel, Costumes Costum-Röcke, Blousen. **Kottbuser C. Pelz, Straße 4.**

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für **99/10* Haut- und Nervenleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4*

Annahme-Stellen
für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
Wengels, Frankfurter Allee 74
Gustav Vogel, Köpenicker Str. 83.
G. Mann, Gr. Frankfurterstr. 94.
Nordosten:
2. Nacht, Reibstr. 42.
3. Reul, Barnimstr. 42.
Norden:
G. Rasche, Rügenstr. 24.
Karl Warb, Rantzen-Allee 95/96.
E. Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42.
2. Dehnd, Kuckelstr. 24.
G. Vogel, Dammstr. 132.
H. Tich, Jannalbenstr. 94.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweidestr. 8.
Südwesten:
G. Werner, Wittmannsdorfer Str. 30.
G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
St. Fris, Pringelstr. 31.
F. Gutsmuth, Kottbuser Damm 8
Südosten:
Paul Böhm, Rauhiger Platz 14/15.
P. Gorch, Engel-Ufer 15.
Charlottenburg:
G. Tharnberg, Seifenbrennerstr. 1.
Steglitz:
G. Berner, Schloßstr. 115.
Friedrichsberg:
C. Seidel, Kronprinzstr. 53.
Rixdorf:
W. Geinrich, Prinz Handwerkerstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 30.
Schöneberg:
Willy Gämmer, Martin-Lutherstr. 51
Weißensee:
W. Redte, Sedanstr. 53.
Jul. Schiller, König-Graussee 39a
Reinickendorf (Ost),
Wilhelmsruh u. Schönholz:
P. Schiller, Pöppingstr. 106 im Lab.

Bitte beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

Tausende

von **Herren** können **Geld** sparen, wenn sie ihren Bedarf an gut sitzenden Bekleidungsstücken im neu eröffneten

Spezial-Haus

eleganter

Herren- u. Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß

Bekleidung für sämtliche Berufe der Firma

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

decken.

Frühjahrs-Anzüge. * Frühjahrs-Paletots.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausprobierte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl, wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz, wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen, wir verkaufen zu billigen aber streng festen Preisen, wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Wir danken dem geehrten Publikum für den so außerordentlich großen Zuspruch während der kurzen Zeit unseres Bestehens, es wird auch ferner unser Bestreben sein, das dankbar Beste zu außergewöhnlich billigen aber streng festen Preisen zum Verkauf zu bringen.

Original-Entwurf! Nachdruck verboten!

Am Sonnabend und Sonntag verabfolgen wir beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine hochelegante bunte Weste gratis!

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9079. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale von **Wilke**, Brunnenstr. 188:

Versammlung der Elektromonteuere.

Tages-Ordnung: 1. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Elektromonteuere. 2. Diskussion.

Montag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Gold- und Silberarbeiter im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **J. Sassenbach** über: „Streikzüge durch Italien.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 116/12

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend.

Sonntag, den 7. Mai cr., vormittags 10 1/2 Uhr, bei **Franke**, Sebastianstr. 39:

Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei **August Schröder**, Sebastianstr. 50.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Möbelpolierer. Achtung!

Sonnabend, den 13. Mai, wird zum letztenmal auf unseren Jahrestellen fassiert. Ein jeder Kollege ist verpflichtet, bis dahin sein altes Mitgliedsbuch in Ordnung zu bringen, widrigenfalls die Mitgliedsrechte verfallen gehen. Die neuen Mitgliedsbücher sind nach dem 13. Mai im Bureau, Engel-Ufer 15, abzuholen. 84/19

Kollegen, welche noch Billets abzugeben haben sowie aus der Bibliothek entlehnte Bücher noch nicht zurückgebracht, werden ersucht, dem sofort nachzukommen, widrigenfalls ihre Namen veröffentlicht werden.

Bei Differenzen wende man sich an die im Jahresbericht bekannt gegebenen Obleute. Die Adresse des Branchenleiters lautet: **August Niese**, Sandberger Allee 151.

Achtung! Militärschneider. Achtung!

Sonnabend, den 6. Mai 1905, abends 8 1/2 Uhr, in den **Kriemhildsalen**, Kommandantenstr. 20:

Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Die neuesten Vorgänge in der Militärbranche. 163/6

2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Referent: Kollege **Ritter**.

Es ist Pflicht jedes Militärschneiders, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Schneider.

Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin, Sektion II.

Sonntag, den 7. Mai 1905, nachmittags 3 Uhr, in **Kellers Festsaal**, Ropenstr. 29:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Riesel**. 2. Rechenschaftsbericht vom ersten Quartal. 3. Vereinsangelegenheiten. 41/8

Um pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Ernst Höflich

Garten-Restaurant Gesellschafts-Saal.

„Im Krug zum grünen Kranze“

Mittelpunkt der Erde. Ober-Schöneweide Waldstraße 78/74.

Herrlich am Wald und Wasser gelegen, den geehrten Vereinen und Gesellschaften bei Partien und Ausflügen bestens empfohlen. 29742

Station **Sadowa** und **Nieder-Schöneweide**. X Drei verbede Kegelbahnen. X Ausspannung. X Kaffeeküche. **Ernst Höflich.**

Achtung! Werder. Achtung!

Restaurant Schwarzer Adler.

Inhaber **Max Koch**, Fischerstraße 98. 12545

Parteitafel. — Dampferstege.

Allen Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen empfehle bei Ausflügen nach **Werder** meine Lokalitäten zur freundlichen Berücksichtigung.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Zeddissee.

(Endstation der „Storn“-Dampfer.)

Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.

Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.

Ausspannung und Dampferstege, Kegelbahnen, große Kaffeeküche. 336, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

No. 77 Flor de Murias Beste 6 Pfg.-Cigarre Handarbeit

I-NEUMANN CIGARREN-FABRIKEN, BEGR. 1850, 103 ZWEIFGESCHÄFTE

Davon in Berlin: Brunnenstr. 32, E. Anklamstr. 10, E. Invalidenstr. 16, E. Invalidenstr. 3, E. Adalbertstr. 17, E. Französischer Gartenstr. 17, E. Breitenstr. 20, Invalidenstr. 148, E. Bergstrasse, Jernalemerstr. 41, E. Kranenstr. 19, E. Münzstr. 19, E. Markgrafenstr. 17, E. Jungerstr. 30, E. Adalbertstr. Potsdamerstr. 57/58, E. Bülowsstr. Prinzenstr. 91, E. Riberstrasse, Rosenhallerstr. 41, E. Hackebusch M. Wallstr. 14a, E. Neue Oranienstr. Wienerstr. 22, E. Grünauerstr. Rixdorf: Bergstr. 146.



Versandhaus Germania

seit 15 Jahren 30342

Unter den Linden 21, II. Fahrstuhl.

neben der Passage.

Zweiggeschäfte unterhalten wir nicht.

Hochvornehme Herren-Paletots und -Anzüge

aus feinsten Maßstoffen 25 bis 40 M.

hochelegante Beinkleider 9 bis 12 M.

Vorjährige Herrengarderoben wesentlich billiger.

Tadellos Sitz. Vorzügliches Preisverhältnis.

Wald- und Landparzellen am Borsbühnenhof, herrlich gelegen, umgeben von Wald, verkauft gegen geringe Anzahlung **Aug. Fuchert**, Fabrikant, Dabendorfer Str. 25692

Köpenick. Echten alten **Kottbuser Korn** zu haben bei **Aug. Fuchert**, Fabrikant, Dabendorfer Str. 25692

Hienfong-Essen extra stark für Biederweiser Käufer verleiht 1 Dkg. 2,50 M. bei 30 Flaschen 6 M. kostenfrei überallhin. Laborator. **E. Walther**, 10, Heilstr. 2.

Gegründet 1878

Sommer-Paletots von 18 M. an. Paletots nach Maß von 35 M. an.

Sommer-Joppen von 6 " " Anzüge nach Maß von 38 " "

Jackett-Anzüge von 17⁵⁰ " " Hosen nach Maß von 10 " "

Rock- u. Gehrockanzüge von 25 " " Knaben-Anzüge in größter Auswahl.

Streng feste Preise.

M. Schulmeister

Schneidermeister

Am Kottbuser Tor, **Dresdenerstr. 4.** Ecke **Adalbertstr.**

26832

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose **Herkules** tragen. Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Halbbarete **Wolot-Taschen**. Große Hüften umloht. Die Sohle

bei Einnahme von 6 Stück 26 M.

4 M. 50

Grüblauer Monteur-Jackett 1 M. 90

Grüblauer Monteur-Jose 1 M. 50

Grüblauer Monteur-Jackett Prima Röper-Gewebe 2 M. 50

Grüblauer Monteur-Jose Prima Röper-Gewebe 2 M. 10

Wandhosen-Jose 5,50, 4,50, 3 M. 50

Gefütterte Wandhosen-Jackett 13—8,75

Weiße Reiser-Jackett 3,50, 2 M. 75

Ronditor-Jaden, Dreifig 4 M. 50

Waler-Stiel 3—, 2,50, 2 M. 25

Mechaniker-Stiel (braun) 3—, 2 M. 40

Weiße Leder-Jackett, Dreifig 7,50, 3 M. 75

Weiße Lederhosen 4,50, 2 M. 90

Reifelniger-Anzüge, blau, nach Vorchrift 5 M. 50

Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail. Hauptstr. 21a/23. Brückenstr. 11.

Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 25. Haupt-Preisbuch 1905 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schnittlänge, bei Jacketts und Stielen die Brustweite anzugeben. 35902

— Versand von 20 M. an franco. —

Nachdruck verboten!

Möbel-Fabrik „Stern“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz-Konto per 31. Dez. 1904.

Aktiva:

Kassenbestand 6 858,99

Wareneigenheiten 37 831,—

Inventar-Konto 5 447,93

Debitoren-Konto 26 656,05

Bank-Konto 10 572,35

873 668,32

Passiva:

Geschäftsteil-Konto 810,—

Darlehens-Konto 55 199,61

Darlehens-Konto, Zinsen 3 332,75

Kreditoren-Konto 9 893,90

Referend-Konto 385,—

Spezial-Referend-Konto 119,02

Lohn-Konto 12 150,—

Unkosten-Konto 1 275,—

Reingewinn 4 191,34

873 668,32

Die Zahl der Genossen beträgt am

Schluss des Geschäftsjahres 27; ein-

getreten sind im vorliegenden Geschäfts-

jahre keine, ausgeschieden 2 Genossen.

Das Geschäftsguthaben der Genossen

beträgt 810 Mark, die Gesamtsumme

auch 810 Mark, das Geschäftsguthaben

und die Gesamtsumme hat sich um

60 Mark vermehrt. 15076

Der Vorstand.

Folzer. Kornitzky.

Diese Woche

(täglich bis 9 Uhr abends, Sonntag 8-10 u. 12-2 Uhr ge-

langen bei uns zum Verkauf

Kundens unterbreitete

billige

aus feinsten Massstoffen

gefertigte, moderne, letzte

Salson zurückgeordnete

hochvornehme Herren-

Anzüge

Paletots

deron sonstiger Masspreise

60-70 M. ist, jetzt 12-30 M.

Gehrockanzüge jetzt 21-40 M.

Herron-Hosen jetzt 7-12 M.

Deutsches Versandhaus

Jägerstr. 63, 1. Treppen-

Firma und Nummer achten.

Minna!

Heute kommt Kaffeebesuch, betzen

Sie den Bratosen und holen Sie

schnell je ein Palet 60 Pf.

„Fix und Famos“

Königs-, Raps-, Vanillekuchen, Sand-

torte und Säfte. In 5 Minuten ist

ein Kuchen mit etwas Milch u. Butter

gerührt und rasch gebaden. Heber!

zu haben, wo nicht, durch **Rabell:**

Max Arnold Nachf., Char-

lottenburg, Galvanstr. 6.

Bernspr. 5383.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.

Gegr. 1875

Gegr. 1875

Max Kaplan

1 Friedrichstraße 1.

Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Nur moderne Stoffe

Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.
Sommer-Paletots, Seidenfutter, hervorragend M. 42
Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22, 50, 24, 25, 26 usw.

Entzückende Neuheiten in Knaben-Garderobe.

Wäsche.

80242

Krawatten.

Grösstes Specialgeschäft für Hüte und Mützen

Oskar Arnold
Dresdenerstr. 116
Kein Laden (am Oranienplatz).



Dieser moderne, schwarze, stoffe Hut mit Fütter kostet 1,75 Mk. in nur feblow treier, roulier Warc.

Filzhüte, Cylinderhüte, Strohhüte, Stoffhüte und Mützen!

Engros! Export!

Einzelverkauf zu auffallend, billigen aber streng festen Preisen, aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl!

Partiewaren führe ich nicht!

sondern nur moderne, fehlerfreie Ware.



Diese Form führe in Filz-, Strohh- und Stoffhüten. Stoffhüte für Herren und Kinder in sehr reichhaltiger Auswahl.



Knaben- und Mädchen-Mützen in allen Formen (ca. 100 verschiedene Muster).



Dieser weiche, schwarze Herrenhut mit Futter kostet 1,50. In Herrenhüten weich und steif ca. 150 verschiedene Sorten bis zu den feinsten Qualitäten.



Strohhüte für Herren, Knaben und Mädchen in allen gangbaren Formen von den billigsten bis zu den feinsten Sorten (ca. 300 verschiedene Muster).



Herren-Mützen schon von 40 Pfg. an, ca. 150 verschiedene Sorten in allen Preislagen vorrätig.

Schmöckwitz. Restaurant Seddin-See.

Empfehle mein herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal zu den bevorstehenden Partien und feste die billigsten Dampfer.

August Noack, Amt Grünau 54.

Greift zu!!!

dem besten Monats-Anzüge u. Paletots v. 8,50 an
Kavaller-Anz. u. Paletots 10,--
Abonnements-Anz. u. Pal. 9,50
Pflanz-Anzüge u. Pal. 8,50
Partie-Anz. u. Paletots, teils mit unmerklichen Fehlen 10,50
Kammg.-Mas. u. Jacketts 3,--
Geringere Kleidungsstücke aus den feinsten Stoffen Berlins, teils von Cashmeren, Englischer, Manheiser, Monteur- und sämtliche Urweitsachen wegen kolossalen Umlages enorm billig. 2/16
Bitte Zentral-Keller, Berlin, achten
35 Neanderstr. 35, an der 3 Minuten v. Stadtbahn Jannowitzbrücke, Strassenbahn-Verbindungen: 1, 2, 9, 11, 27, 28, 29, 35, 36, 37, 41, 49, 50, 53, 54, 57, 58

Warum fahren wir bis Werder??

Klein-Werder, Treptow, Klein-Werder.
Zur Baumblüte im großen Naturgarten ladet ergebenst ein Frits Preuß.
Sonntag: Großer Ball. 30302
Treptow, Neu-Tivolli, Treptow, Neue Krug-Allee 59.

Restaurant Leuchtturm, Tegelerort.

Direkt an der Gabel und am Tegeler See gelegen. 30502
Großer herrlicher Garten von Wald u. Wasser umgeben. Schutzhallen. - Tanzsaal. - Kegelbahnen. - Spielplätze. - Aussperrung. Kaffeeküche. - Dampfverbindungen nach allen Richtungen. Für Vereine, Fabriken etc. zu Partien sehr geeignet. Die herrliche Uferpromenade ist nur vom Leuchtturm passierbar. Von Tegeler mit den Holzischen Dampfzügen 15 Pf., Retourbillets 25 Pf.
H. Wehrauch, Telefon: Amt Tegeler, Nr. 121

Fellow Cigaretten 2-5 Pfg.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Sparr! Kauft Wandblechhaus Weidenweg neunzehn stamenerregend Sommerpaletots, Badetanzhüte, Damenkonfektion, Ausdauerwäse, Brautbetten, Vermeidungsbett, Fenstervorhänge, Steppdecken, Teppiche, Bettintelle, Regulatoren, Frischwinger, Taschenuhren, Verschiedenes, Trauringe. 427
Steppdecken billigt Herricht Große Frankfurterstraße 9, parterre. 497
Teppiche mit farbenschönen Badrinderlinge Große Frankfurterstraße 9, parterre. 497
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 497
Teppiche! (Lehrerhalte) in allen Größen für die Kasse des Betriebes im Teppichlager Braun, Gadescher Markt 4, Bahnhofs-Börse. 142/12
Achtung! Wandblechbetten.
Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattröttem Anlett, zusammen 10,50, nur (Wandblech) Andreasstraße 38.
Kostlos gestrichenes Deckbett, Unterbett, 2 Kissen 18,00, Andreasstraße 38.
Sommerliches Sommerbett, Deckbett, Unterbett, 2 Kissen 27,00, großes Latex, Stück 1,00, Wandblech, Andreasstraße 38, elektrische nach überall. 5318
Gardinen, Teppiche, Portieren, halbe Preise, Andreasstraße 38.
Anzugreife 8,00, Damenreife 3,00, Resthandlung Lichterbergerstraße 9.
Gardinen - Stores - Wandblechdecken - nur beste Qualitäten - enorm billig! Gardinen-Verkaufhaus, Neudammstraße 12, nahe Dönhofsplatz. 5478
Einzelnen-Käuser, Reste, Einzelnenhaus, Große Frankfurterstraße 45.
Fahrräder, verkaufen, am billigsten. Niemandswahl, Verkaufhaus Neue Schönhauserstraße 11. (Kein Eckhaus) Hunderte gebrauchter Fahrräder sämtlicher bekannter Fahrradfabriken sind vom feinsten Tourenrad bis zum elegantesten Luxusrad vertreten. Bremenabradler, Germaniabradler, Opelabradler, Wandererabradler, Biflorabradler, Prestofahrräder, wunderbare Exemplare, ausfallend billige Preise. Neue schneidige Fahrradereife 55,00, gebrauchte 15,00, 25,00. Jedermann bestmögliche unter Fahrradlagern, das größte Berlins. Achtung, Hausnummer. Neue Schönhauserstraße 11. (Kein Eckhaus). 1212b
Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Leuchtgas, Uhren, Goldschmuck, Kessel, Sportbillig, Lude, Oranienstraße 181.
Kleingläser, Operngläser, Kleingläser, Regulatoren, Frischwinger, Harmonikas, Geigen, Zither, Saiten, Teppiche, Sportbillig, Lude, Oranienstraße 181. 10545
Kanarienhähne, Guckweibchen, Vorfänger, Selbsterkennung, hochpräzisiert. Krebs, Köpenickerstraße 164a, IV rechts. 1808

Verkäufe.

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 5468
Kingsfischen, Bobbin, Schneidnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Preuzlanerstraße 59/60.
Zigarrengeschäft verlässlich, Garzeigenen passen, Lindenstraße 59.
Reifbehälter einer Puz- und Wodewarenhandlung: Hüte, Blusen, Uhren, Schleifen Sportbillig Groß, Kolonnen-Damm 93, II. 2/7
Fahrräder, Leihzahlungen. Unbailenderstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstraße 56, Falterstraße 40. 5448
Wandblech, Weinstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 5518
Anzüge, Sommerpaletots, Remontieren, Uhren, Sportbillig Leihhaus, Grünerweg 113.
Teppiche, Betten, Steppdecken, Tischdecken Sportbillig Leihhaus, Grünerweg 113.
Gardinen, Stores, Portieren, Sportbillig Leihhaus, Grünerweg 113.
Regulatoren, Spiegel, Silber, Möbel Sportbillig Leihhaus, Grünerweg 113.
Leihzahlung! Teppiche, Betten, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Regulatoren, Remontieren, Spiegel, Silber, Möbel Sportbillig Leihhaus, Grünerweg 113. 106/10
Regelneue Kuchentisch, Vollerjagen, Sportpreis, Pantalon, Drehmelstraße 52, Hauswirt. 14418
Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt, Sportbillig, Schneider, Kurfürstenstraße 172. 14365
Spezialgeschäft für Kabinettmöbeln sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Gebrauchte Sportbillig, Postkarte genügt, Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof, Alt-Dozungen 4, Ude Neue Bahnhofsstraße. 4130
Renovation mit Holzstellen sofort billig zu verkaufen. Kreuze, Köpenickerstraße 41. 14765
Fahrräderreparaturen, Fahrradzubehör Sportbillig, Große Frankfurterstraße 14. 427
Fahrradgelegenheitskäufe. Neue und wenig gebrauchte, eventuell Leihzahlung, Große Frankfurterstraße 14.
Sofa, Teppiche, circa 2 Meter lang, mitteiler Verler 3,85, Tafelstühle 5,35, Armstühle 4,65, Anventur - Annehmlichkeiten. Teppichhaus Emil Lejebvre, Oranienstraße 158.
Geistliche Erbstückes 4,35. Schi Spachtelstoffs 5,65, Segeffionstüchtes 165, hunte Madrasstoffs 2,35, Wert 5,00, Inventur-Räumungspreis, Teppichhaus Emil Lejebvre, Oranienstraße 158. 2923
Wasch- und Bringmaschinen, beste Qualität, billigste Preise. Bei Anzahlung folgende Bedingungen. G. Wellmann, Gollnowstraße 29, nahe der Landbergerstraße. 4558

Verkäufe.

Jährlich nur einmal Inventur-Räumungsverkauf im Teppichhaus Emil Lejebvre, Oranienstraße 158, Extraliste gratis. 2937
Weiche Herrenhüte, gute Qualität Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Neue Friedrichstraße 81 I, Gde Köpenickerstraße, und Holzmarktstraße 37a parterre, früher Kaiserstraße 25A, Sonntags geöffnet. 4498
Betten, Bettmöbel, Steppdecken, Teppiche verkauft Leihhaus, Oranienstraße 177, Gde Köpenickerstraße. 5288
Herrenanzüge, Überzieher, wenig getragene Monatsgarde von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue zurückgelehrt, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Hartenstein, Köpenickerstraße 15, III. Amt III 2393.
Gasofenhaus! Zwickhofslocher! 3,00, Geflüsterte Gasofen! 5,00, Gasbügeleisen! Gasplatt-eisen Sportbillig! Bronzeplatten! Dreifach! 6,00, Gasleuchten 1/2, Salongastromen! 15,00! Wohlfahrer, Wallnerstraße 32. 5498
Angelkahn sieht zum Verkauf beim Bootbauer Demig, Schmöckwitz, Berlinerstraße 4. 15025
Quadratrate 10 Mark! beim herrlichen Buch, 20 Pfennig-Lour Steilmer Vorort; am halbe gelegene Parzellen jeder Größe verkauft Otto Joers, Pantalon, Eckelbergweg 10, parterre. 15145
Anzahlungsfrei, solventen Käufern, bequeme Monatszahlungen: Webers, Brodhauslerka, Nieren, Klaffter, Romanbibliothek, Prachtvolle, eingezogene Wandbilder, erstklassige Reproduktionen bedeutender Künstler. (Reisefortien.) Schmid, Samariterstraße 24. 15138
Buchnummer! Sie haben es ja gar nicht weit nach der Turnstraße 85 zu Schleginger. Wenn Sie ihn, sehen Sie sich die Herren- und Knabenpaletots und Anzüge an, Sie kaufen dort gut und billig.
Pianino, fast neu, Ritterstraße 121 beim Wirt. 3/4
Elegante Garnitur, Spieltisch, Schreibisch, Sofa, jeden annehmbar Preis. Duntelstraße 4, parterre rechts. 15185
Drei Herren-Kostjacks, fast ganz neu, untere Figur, Einkauf je 32,00, für je 5,00, Preuzlanerstraße 23, II. 3/3
Ein gutgehendes Zigarrengeschäft in vollreicher Gegend ist anderer Unternehmungen halber sofort veräußert. Elegante Einrichtung, billige Miete, keine Wohnung, Fernsprecher. Näheres Quoystraße 47, Zigarrengeschäft. 15175
Widwergeschäft verlässlich, Geringes Heintich, Rixdorf, Bismarckstraße 15.
Ornate! Bahnhofsstraße! Parzellen am Hochwald, eingezunt, Quadratrate 20 Mark, guter Boden und Baugrund. Anstaltete Bedingungen. Fed, Berlin, Michael-Lieppplatz 18. Lagepläne gratis. 15175

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefsere elegante fertige Herren-Garderoben. Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung. Julius Fabian, Schneidemeister, Große Frankfurter-Str. 37, II, Eingang Strausberger Platz.

Vermietungen.

Wohnungen.
Kleinwohnungen, gesunde, alle, billigt, sofort Rixdorf: Köpferstraße 15, Wanzelstraße 12; Berlin: Sparplatz 24 (Wedding). 137/13
Cubenarberstraße 36, 37, 38, sofort billige, gesunde Wohnungen, Stube, Küche zu vermieten. Näheres Witz 37.
Wäckerstraße 129, keine Wohnungen, Stube und Küche, billig zu vermieten. 14485
Zweifache Sommerwohnungen, Corinthe bei Schönwalde, Weichbalm Reimendorfer, Waldhaus Dornemann. 83/8
Schlafstellen.
Zwei Herren können mit einwohnen bei Kammer, Reichbergerstraße 100, III. 3/6
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. U. Wäfer, Pulverstraße 27. 14685
Gudrich, Gumboldt, Hennstraße 1a.
Stellenangebote.
Ein selbständiger Arbeiter, der mit der Fabrication von Schneidestricher Beschäftigt wird, gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen unter B. 3 an die Expedition dieser Zeitung. 5548
Klavierspieler gesucht, Restaurateur, Bachstraße, Liebenwalderstraße 4. 4780
Selbständig arbeitende Schloffer auf Grundgitter verlangt Peters, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 108.
Jüngeren Wappenschnitzer verlangt Kartonsabrik Burgheim u. Gungmann, Blumenstraße 37. 15065
Niederrhein für Vangerleche sucht Panzer, Altengesehlich, Berlin N. 5558
Zehrling zur Schlofferi verlangt Lehmann, Reimendorfer, Gesellschaft, Lehmann 17. 792
Bediensteter sucht Goldhaus, Galessee. 15215
Schloffergesellen auf Baubehlag verlangt Schlofferi Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 15165
Gerrentragen-Vorrichtern verlangt Wiedachstraße 66. 230/4
Plätterin und Lehmannen auf Kragen und Manschetten verlangt Troz, Grüner Weg 104. 15108
Gewandtes Mädchen zur Bedienung der Teppichhermaschine gesucht, Reifers, Schmidtstraße 24.
Tapferrerie Lehmannen verlangt, Sellmann, Schmidtstraße 24. 15015

Stockarbeiter!

Die Arbeiter der Firma Julius und Hermann Gembeck, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102, befinden sich im Streik. 18/16
Zugung ist fernzuhalten! Die Ortsverwaltung.
Achtung! Bauarbeiter.
Da verschiedene kleinere Firmen den Tarif noch nicht bewilligt haben, behält die Baukontrollkarte ihre Gültigkeit und ist auf Verlangen herzugeben. Es muß also jeder Jalousiearbeiter, der auf Bauten beschäftigt ist, eine gelbe gezeichnete Karte haben. Bei der Firma Vorkammer bestehen Differenzen. Zugung ist fernzuhalten.
Die Kommission der Jalousiearbeiter.

Achtung! Bodenleger.

Die Bauten der Firma Norddeutsche Fußbodenfabrik aus Hannover sind gesperrt. Die Bauten sind in Pantow, Dingstraße, Parzelle 76 bis 79, Baumeister Kurt Berndt.

Achtung! Einseher!

Der Bau Schneider, Säbende, Nietenstraße 38, ist gesperrt, und Bau Zimmermann, Rixdorf, Anleberstr. 64, weil die Herren Karl und Emil Schneider den bisher bezahlten Tarif nicht mehr einhalten.
Die Kommission.

Teppichweber!

Der Zugung nach den Teppichwebern von Feibisch, Treptow, Köpfer Landstr. 23/23, Benjamin u. Co., Reichstraße 23, und Rud. Waader, Bethanien-Ufer 6, ist fernzuhalten, da die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen sich im Streik befinden. 197/11
Die Streikleitung.

Kürschner!

Wegen Mahregelung von Kollegen, die sich an der Meister beteiligen, sind die Werkstätten der Firmen Jacob & Bräutigam, Ranggrafenstr. 53, und Zyrewitz, Kommandantenstr. 24 gesperrt. 102/3
Zugung ist streng fernzuhalten. Deutscher Kürschnerverband, Zählstelle Berlin. Verband der Kürschner Berlins und Umgegend.

Die Kaufmannsgerichtswahlen.

Die erste Wahl der Kaufmannsgerichtsbeisitzer hat eine Wahlbewegung gereizt, wie sie bei den Gewerbegerichtswahlen bisher unbekannt gewesen ist. Massen von Versammlungen haben stattgefunden, Hunderttausende von Flugblättern sind verteilt und verschickt worden, und bis zum Sonntag, dem Tage der Wahl, sind noch weitere Versammlungen eintreten. Diese intensive Agitation ist in erster Reihe auf die Zersplitterung der Handlungsgehilfenbewegung zurückzuführen. Es sind denn auch fünf Listen für die Wahl der Handlungsgehilfenbeisitzer eingereicht worden. Zwei dieser Listen sind dabei, die noch von einem Konglomerat von Vereinen und Vereinen getragen werden. Diese verschiedenen Vereine zerfallen bei genauerer Betrachtung eigentlich nur noch in zwei Gruppen: auf der einen Seite die klassenbewusste Organisation, auf der anderen Seite die bürgerlichen Vereine, die sich nur graduell unterscheiden, in ihrer sozialpolitischen Einsichtlosigkeit und Untätigkeit, in ihrer Abhängigkeit vom Unternehmertum und in ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie. Der antisemitische deutschnationale Verband und die freisinnigen Hirsch-Dundersche Kaufleute, die in Berlin getrennt marschieren und gegen einander, obwohl sie in verschiedenen Orten des Reiches Kompromisse gegen den Zentralverband geschlossen hatten, die ehrenrührigsten Vorwürfe erheben, die wohl von beiden Seiten berechtigt sind, wissen gegen die klassenbewusste Organisation keine anderen Vorwürfe zu erheben, als daß sie aus Sozialdemokraten besteht. Eine Behauptung, die nur beweist, mit welcher Energie und Rücksichtslosigkeit der Zentralverband die Interessen der Handlungsgehilfen vertritt. Der antisemitische Verband, der eine Kezzertruppe des Antisemitismus darstellt, hat sich in letzter Zeit insbesondere als Förderer des Streikbrechertums bewährt. Er verleugnet im Wahlkampf seine Anschauungen, wie der Hirsch-Dundersche Verband, der ein immerhin erfreuliches Zeichen — sich schämt, öffentlich als freisinnig bezeichnet zu werden. Die anderen Verbände haben sich bisher eigentlich nur durch ihre Feindschaft gegen jede Sozialpolitik und durch Hinderung des wirtschaftlichen Kampfes gegen das Unternehmertum betätigt, wenn man nicht die Ausgabe von Suppenmarken und Theaterkarten als die Tätigkeit einer Handlungsgehilfen-Organisation betrachtet. Es dürfte für die bisherige Handlungsgehilfenbewegung charakteristisch sein, daß auch der Leipziger Verband es wagt, eine Kandidatenliste für die Handlungsgehilfenbeisitzer zu präsentieren, der bei der Beratung des Kaufmannsgerichts-Gesetzes in Eingaben an das Parlament die Handlungsgehilfen für unfähig erklärt hat, ihre Beisitzer in allgemeinen Wahlen zu wählen. Der Wahlkampf hat bisher den erfreulichen Erfolg gehabt, weite Handlungsgehilfenkreise über das gemeingefährliche Treiben der bürgerlichen Handlungsgehilfenvereine aufzuklären. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfen, dessen Liste die Liste IV ist, hat für die Agitation nur seine Tätigkeit auf dem gewerkschaftlichen Gebiet zu erwähnen brauchen, um den Handlungsgehilfen zu beweisen, daß die Erkenntnis von den zwischen Unternehmern und Angestellten herrschenden Gegensätzen die erste Voraussetzung zu einer konsequenten und erfolgreichen Arbeit ist. Der Ausfall der Wahlen, an denen nur die Handlungsgehilfen beteiligt sind, die das 25. Lebensjahr erreicht haben, wird beweisen, daß auch die Handlungsgehilfen im zunehmenden Maße die Notwendigkeit des Klassenkampfes begriffen haben.

Die Kaufmannsgerichtswahlen finden statt: Sonntag, den 7. Mai, von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Gewählt wird in folgenden 24 Wahllokale:

Table with 3 columns: Nr., Umfang Stadtbez., Wahllokal. Lists 24 voting locations across various districts of Berlin.

Wahlberechtigt sind alle Handlungsgehilfen, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben und im Bezirke des Kaufmannsgerichtes beschäftigt sind, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst den Betrag von 5000 M. nicht übersteigt. Auch jene Handlungsgehilfen, die in Berlin beschäftigt sind, aber in den Vororten wohnen, sind in Berlin wahlberechtigt.

Jeder Handlungsgehilfe wählt in dem Wahllokale des Stadtbezirkes, in welchem das Geschäftslokal liegt, in dem er beschäftigt ist. Die Wahl ist geheim.

Stimmzettel sind vor den Wahllokale zu haben. Jeder Handlungsgehilfe wählt Liste IV, die Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen.

„Zukunft“ und „National-Zeitung“

Es lag gestern in der Person ihrer Redakteure Harden und Dig vor dem Schöffengericht in den Haaren. Die weit angelegte Privatbeleidigungssklage beider Herren nahm einen relativ gemäßigten Ausweg; sie endete mit einem Vergleich, in dem Kläger und Widerkläger erklärten, es nicht so böse gemeint zu haben.

Der Prozeß ist aus der Zeitungspolitik, die sich an die Hibernia-Angelegenheit knüpfte, entstanden. In der „Zukunft“ waren mehrere Artikel über die „Hibernia-Frage“ erschienen und Maximilian Harden war persönlich zur Generalversammlung der Hibernia gereist. Auf Grund seiner dort gewonnenen persönlichen Eindrücke veröffentlichte er in der „Zukunft“ einen Artikel über die Verstaatlichung der „Hibernia“. Die „National-Zeitung“ veröffentlichte darauf am 11. Oktober 1901 einen Artikel unter der Überschrift „Hibernia und kein Ende“, in welchem der Passus enthalten war: „Harden soll übrigens in Gefolge eines Führers der Gegenpartei zu der fraglichen Generalversammlung

gereist sein“. Gegen diese Bemerkung wandte sich der Beklagte sehr energisch und verlangte die Zurücknahme der Behauptung, daß er in der Gefolgschaft eines Verleumdungsgegners zu deren Generalversammlung gefahren sei. Die „National-Zeitung“ ließ alsdann eine Modifizierung dahin eintreten, daß sie die Worte „in Gefolgschaft“ dahin abänderte: Sagen wir also „in der Begleitung“. — Darauf fuhr Harden schärfer auf und bombardierte mit Ausdrücken gegen die „National-Zeitung“, die sehr schwere Beleidigungen enthielten und darauf hinausliefen, daß die „National-Zeitung“ lässlich sei.

In dem Artikel kamen Ausdrücke vor, wie „unverschämte Vettelei“, „schmähtlicher Meinungsstachel“, „Ballonmühenmoral“, „Winkelmehle“ etc. — Gegen diese scharfen Beleidigungen veröffentlichte Chefredakteur Dig eine Erklärung, in welcher gesagt wurde, daß die Angriffe Hardens unwarhaft seien. Seitdem er die „National-Zeitung“ leitete, sei von keiner Seite auch nur der leiseste Versuch gemacht worden, irgend welchen Einfluß auf die politische Haltung auszuüben, insbesondere sei dies nicht in der Hibernia-Angelegenheit der Fall gewesen. Im Anschluß an diese Erklärung strengte Chefredakteur Dig die Privatklage an, Maximilian Harden erhob die Widerklage. — Vor Eintritt in die Verhandlung eröffnete der Vorsitzende Vergleichsverhandlungen, die einen großen Umfang annehmen, da sich die Parteien und deren Vertreter über die in Frage stehenden Verhältnisse in teilweise scharfer Rede und Gegengrede ergingen und der Versuch, eine richtige Grundlage zu einem Vergleich zu finden, auf immer neue Schwierigkeiten stieß. Der Privatkläger und Justizrat Wagner vertrat den Standpunkt, daß die Redaktion der „National-Zeitung“ von der „Alliengeseilschaft National-Zeitung“ vollständig zu trennen sei und ihre Haltung nicht davon abhängig sei, wie sich die Finanzen der Alliengeseilschaft verhalten. Die Redaktion sei von der finanziellen Gestaltung der Alliengeseilschaft nicht abhängig. — Maximilian Harden sowie die Rechtsanwälte Suse und Victor Frankl verwiesen demgegenüber auf die Tatsache, daß die „National-Zeitung“ wiederholt von großen

Banken Geld erbeten und erhalten habe und daß unter solchen Umständen eine Zeitung in eine gewisse ideale Abhängigkeit von den Bankinstituten gerät. — Der Privatkläger führte demgegenüber aus, daß die „National-Zeitung“ eine Alliengeseilschaft sei, die eine riesig große Aktien- und Dividende betreibe. Wenn diese eine Unterbilanz erlände und sich Betriebsmittel beschaffe, so sei die Redaktion vollständig davon zu trennen. Er habe sich um die Zusammenfügung der Aktionäre nicht bekümmert. Die Redaktionsleitung der „National-Zeitung“ sei in keiner Weise von Aktionären beeinflusst worden und sei auch nie der geringste Versuch dazu von Aktionären gemacht worden.

Rechtsanwalt Suse behauptete, daß der Artikel der „National-Zeitung“ nicht von Herrn Dig und nicht von der Redaktion verfaßt sei, sondern von befreundeter juristischer Seite aus derjenigen Gruppe, die die „National-Zeitung“ mit Geld unterstützt habe. Maximilian Harden erklärte, der Beweis würde sich erbringen lassen, daß die Vertreter der „National-Zg.“ wiederholt zu großen Danken gegangen seien und dort Geld erhalten haben und daß das Geld nicht für die Alliengeseilschaft, sondern ausschließlich für die Zeitung gegeben und erbeten worden sei. Wie man darüber urteilen wolle, sei eine andere Frage, er könne jedoch diese Behauptung selbst nicht zurücknehmen. — Der Privatkläger betonte demgegenüber nochmals, daß er sofort die Redaktion niederlegen würde, wenn ihm zugemutet werden sollte, sich in eine solche Abhängigkeit von den Banken zu begeben. — Nach einem fast zweistündigen Hin und Her kam folgender

Vergleich zustande: Auf die Privatklage erklärt Herr Harden: Er hat keinen Grund, an der Versicherung des Herrn Dig zu zweifeln, daß die Redaktion der „National-Zg.“, der Herr Dig seit fünf Jahren angehört, in ihrer Haltung keinerlei subjektiven Einflüssen zugänglich gewesen sei und bedauert, daß er sich bei der Abwehr eines wie schwerste Verdächtigung klingenden Satzes, selbst zu schwer beleidigenden Worten hinreichend ließ.

Auf die Widerklage erklärt Herr Dig: Es habe ihm völlig fern gelegen, Herrn Harden in der Hibernia-Angelegenheit auch nur verächtlich den Vorwurf zu machen, daß er sich durch Rücksicht auf Vorteile irgendwelcher Art in seiner Haltung habe beeinflussen lassen.

Die Parteien nehmen Klage und Widerklage zurück und verpflichten sich, vorstehende Erklärungen in der „National-Zeitung“ und in der „Zukunft“ zu veröffentlichen. Das Verfahren wurde hierauf vom Gerichte eingestellt.

Berliner Nachrichten.

Ohne Wissen der Angehörigen beerdigt zu werden, dieses Schicksal kann dem, der in eine unserer städtischen Heilanstalten hineingerät leicht genug zu teil werden. Mehrfach haben wir über solche Vorkommnisse berichten müssen. Hier ist ein neuer Fall dieser Art, der allem Anschein nach wieder, wie die früheren, dem Bureau der betreffenden Anstalt zur Last zu legen ist. Ein Schneider P., der infolge eines Herz- und Nierenleidens nicht mehr recht erwerbsfähig war und seit längerer Zeit nur noch zwischen Krankenhaus und Familienobdach hin und her pendelte, fiel wieder einmal auf der Straße um und wurde von der Polizei zum so und sibiellten Male einem Krankenhaus zugeführt. Im Krankenhaus moobit, das ihn aufnahm, starb er am anderen Tage. Das Anstaltsbureau benachrichtigte einen in Hesse-Rassau wohnenden Bruder, dessen Adresse vermutlich von P. selber bei der Aufnahme angegeben worden war. Dagegen ging einer in Berlin wohnenden Schwester keine Todesnachricht zu. Diese Schwester, eine Frau Sch., war noch am dem Tage, an dem der Kranke in die Moobit-Anstalt gebracht worden war, durch die Polizei davon in Kenntnis gesetzt worden, was dem P. zugestohlen war. Die Wohnung der Frau Sch. hatte die Polizei von P. erfahren, als dieser auf der Straße aufgefunden worden war; sie ist auch im polizeilichen Protokoll notiert. Als nun Frau Sch. nach einigen Tagen einen Besuch in Moobit machte, erfuhr sie dort, daß P. schon gestorben und als Armenleiche beerdigt worden sei. Nun wurde, wie üblich, die Leiche und beerdigte bedauernd, das Anstaltsbureau könne nichts dafür, daß sie ohne Nachricht geblieben sei.

Frau Sch. wendet sich jetzt an uns und bittet uns, den Fall der Öffentlichkeit zu übergeben, weil sie meint, daß hiermit eine Wiederholung solcher Vorkommnisse verhindert werden kann. Wir erfüllen den Wunsch, aber wir glauben nicht, daß dieser Fall der letzte sein wird. Es scheint, daß die Bureau von unserer städtischen Heilanstalten zu sehr mit Arbeiten belastet sind, was ja bei der bekannten Ueberfüllung der Anstalten kein Wunder wäre, oder daß da ein Fehler in der Organisation vorliegt. Es versteht sich doch wohl von selber, daß man sich zu allererst danach umsehen muß, ob in Berlin noch Angehörige des Verstorbenen vorhanden sind. Selbst wenn in diesem neuesten Fall die Polizei es unterlassen hätte wollte, die ihr bekannt gewordene Adresse der in Berlin wohnenden Schwester dem Krankenhaus mitanzugeben, so hätte das Krankenhaus-Bureau die Pflicht, die einseleischen Polizei nach etwaigen Adressen zu fragen. Ist das geschehen? War dem Krankenhaus-Bureau die Wohnung der Schwester bekannt geworden?

Zu beantworten wäre auch noch die Frage, warum P. nicht längst dahin gebracht worden war, wo er offenbar hingehörte, nämlich in ein Siechenhaus. Wahrscheinlich war im Siechenhaus, das ja ebenfalls immer vollbesetzt ist, kein Platz für ihn, und

da mußte dann wieder das Döblich als Ersatz dienen. P. selbst ist übrigens, eins über den Durst zu trinken. Dieser Umstand berechtigt uns zu der Hoffnung, daß man sich diesmal von zuständiger Stelle aus über die Sache äußern wird. Man pflegt im Rathaus sehr geschäftig zu werden, wenn sich wieder einmal zeigen läßt, was für ein schlechter Kerl das war, dessen sich da der „Vorwärts“ angenommen hat. Solche Gelegenheiten muß dann allemal die Rathausgrößen entschädigen für die zahlreichen anderen Fälle, in denen sie gezwungen waren zu schweigen.

Ein Arzt wegen Weineids verhaftet.

Ueber eine kassischen erregende Verhaftung, die am Freitagvormittag in Groß-Lichterfelde-Ost vorgenommen wurde, berichtet man uns: In der Bahnhofstraße 41 dortselbst, nahe dem Ostbahnhof, bewohnt der Dr. med. Hans Jaspis eine große Praxistilla. J. hat durch seine Heirat, die seinerzeit zu einem viel erörterten Heiratsprovisionsprozeß gegen den Heiratsvermittler Petermann führte, ein Vermögen von nahezu einer Million Mark erlangt, weshalb er seitdem die ärztliche Praxis berufsmäßig nicht mehr ausübt. Als der Großvater seiner Frau starb und ihr ein Erbeil von 850 000 M. hinterließ, geriet Dr. Jaspis mit den nächsten Verwandten seiner Frau in die schärfsten Differenzen wegen der Erbschaftsregulierung, die zur Folge hatten, daß ihn der Stiefvater seiner Frau, der frühere Offizier Herr v. Wiedemann, durch einen Verwandten fordern ließ. J. lehnte den Antrag des Ehrenanbels ab und in dem dann anhängig gemachten Prozeß mußte er alle gegen seine Verwandten vollführten Beleidigungen zurücknehmen und sämtliche Kosten bezahlen. Auch mit diesem Fall hat sich die Presse seinerzeit eingehend beschäftigt. Zu Anfang vorigen Jahres brachten die Zeitschrift „Plutus“ und nach dieser Berliner Handelszeitungen einen krassen, zur Entscheidung des Kammergerichts gelangten Fall von Differenzentwurf zur Sprache, in dem Dr. J. ein so wenig faires Verhalten gezeigt hatte, daß der Richter seine Handlungsweise eine „arglistige“ nannte und den Privatkl., an den Dr. Jaspis seine angelegliche Forderung aus Vorkauf-(Winer-)Geschäften gegenüber dem Bankier Krüger-Halensee zediert hatte, mit seiner Klage abwies. Diese Klage hat dann weitere Kreise gezogen. Und das Resultat der eingeleiteten Untersuchung war die gestern vormittags auf Veranlassung der königl. Staatsanwaltschaft Berlin erfolgte Verhaftung des Dr. J. wegen Verdachts des Weineids. J. wurde aus dem Bette heraus durch die Wächtersche Polizei verhaftet und von einem Gendarm und dem Polizeikommissar Mohr dem Moobit-Untersuchungsgefängnis zugeführt. Bestimmend für seine sofortige Festnahme ist nichtvermutet gewesen im Hinblick namentlich auf seine günstigen Vermögensverhältnisse und seine Gepflogenheit, einen großen Teil des Jahres im Auslande zu verbringen.

In der bekannten Feststellungsfrage des Magistrats wider die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft wegen des Baues einer Untergrundbahn-Teilstrecke vom Potsdamer Platz nach dem Spittelmarkt war von beiden Parteien eine Herabsetzung des Streitobjektes, das ursprünglich 30 Millionen Mark betrug, beantragt worden. Das Kammergericht hatte daraufhin das Objekt auf zehn Millionen M. festgesetzt. Gegen diesen Beschluß des Kammergerichts hat der Oberstaatsanwalt beim Reichsgericht, wo jetzt die Sache schwebt, Beschwerde erhoben.

Mit dem Abbruch des „Spinnhauses“ in der Volkswegstraße 20 ist gestern begonnen worden, nachdem das Gebäude über zwölf Jahre völlig leer gestanden hat. Infolge fällt das erst vor zehn Jahren gebaute Nebenhaus Nr. 19, ein stattliches, in jeder Beziehung modernes Wohnhaus, der Spinnhaus zum Opfer. Ferner werden auf dem Nachbargrundstück Nr. 19a endlich die Ruinen des Hauses beseitigt, das einst an dieser Stelle stand und im Jahre 1898 abgerissen worden ist. Auf den drei Grundstücken soll sich ein großer Hotelbau der Alliengeseilschaft Aschinger erheben.

Wilhelm II. Die „Potsd. Korresp.“ meldet: Einen schwarzen Schellenbannträger erhält auf direkte Veranlassung des Kaisers die Regimentsmusik des 1. Garde-Regiments z. F. In Marokko hat der Kaiser diesen Mann, der 2,10 Meter groß ist, für die Kapelle ausgesucht. Er befindet sich bereits auf der Reise nach Potsdam, wo er in dem schwarzen Pausen schläger Arara vom Leib-Garde-Fußaren-Regiment, der aus unseren afrikanischen Kolonien stammt, bereits einen musikalischen Kameraden vorfindet.

Der Besuch der Werderschen Baumblüte ist seit Mittwoch, von welchem Tage ab die sog. Blütenzüge vom Potsdamer Bahnhof in Berlin abgelassen wurden, recht lebhaft geworden. Begünstigt durch das warme Wetter prangen Werders Berge jetzt im herrlichsten weißen Blütenstaub und namentlich vom Wachtelberge aus hat man einen unübertrefflichen Rundblick über das Gelände. Am kommenden Sonntag, dem Haupttag der Baumblüte, richtet die „Stern“-Gesellschaft einen halbstündigen Dampferverkehr von Potsdam nach Werder a. H. ein.

Wie manchen darauf aufmerksam, daß das einzige Lokal in Werder, das den Parteigenossen stets zu Versammlungen offen steht, das des Herrn Koch, Fischerstraße 98, ist. Das Kochsche Lokal liegt dicht am Wasser, ist mit einem Steg versehen und hat einen großen Saal und Garten. Die Berliner Arbeiterschaft wird dringend gebeten, bei Ausflügen nur dies Lokal zu besuchen. Die Parteigenossen in Werder sind gern bereit, Ausflüglern als Führer zu dienen, und wolle man sich bei Bedarf daher an den Obmann der dortigen Lokalkommission, August Heimlich, Baderstraße 52 in Werder, wenden. Rechtzeitige Benachrichtigung wird erbeten.

Berliner Adressbuch. Der zweite Nachtrag zum diesjährigen Adressbuch gelangt von heute ab zur Ausgabe. Derselbe enthält alle seit Erscheinen der Hauptausgabe angemeldeten Wohnungsveränderungen, Geschäftseröffnungen und -Verlegungen, Zugänge, Verichtigungen usw. Außer dem vollständigen Inhalt des ersten Nachtrages sind insbesondere die Ergebnisse des Aprilzuges und die jetzt schon feststehenden im Laufe des Jahres stattfindenden Wohnungs- und sonstigen Veränderungen eingehend berücksichtigt. Auch dieser zweite Nachtrag wird allen Abnehmern des diesjährigen Adressbuchs in der Hauptexpedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, SW., Zimmerstr. 57/41, und in dessen sämtlichen Filialexpeditionen bis Ende Mai d. J. unentgeltlich verabfolgt.

Ein Disziplinarverfahren ist gegen den früheren Vorsteher des ausgetretenen Studentenausschusses der Charlottenburger Technischen Hochschule, cand. rer. techn. Sed, eingeleitet worden. Sedern hat vor dem Senat das erste Verhör stattgefunden. Die Studenten delegierten den Disziplinierten bis vor die Tür und warteten dort auf das Ergebnis. Bei seinem Wiedererscheinen wurde er mit brausendem Hoch empfangen.

Eine solenne Prägelei zwischen zwei Parteien entwickelte sich gestern auf der großen Freitreppe des Moobiter Kriminalgerichtsgebäudes. In einer ganz harmlosen Privatbeleidigungssklage hatte sich der Haß der Parteien deartig verschärft, daß es auf dem Korridor zu einem heftigen Streit kam, an dem sich besonders die in der Mehrzahl vertretenen Frauen beteiligten. Die unterlegene Partei wurde von der obliegenden mit höflichen Worten übergeleitet. Der Streit spitzte sich schließlich zu einer allgemeinen Prügelei zu. „Da wurden Weiber zu Chanan“, denn gerade das „schwache“ Geschlecht war es, welches zuerst zum Angriff überging. Die eine Kampfpartei stand auf dem oberen Treppensockel, während die andere sich unterhalb postierte hatte. Mit Regenschirmen und Spazierstöcken wurde drauflos geschlagen, daß sogar Blut floß. Als, durch den Lärm aufmerksam gemacht, mehrere Gerichtsdienstler herbeieilten, zog es die angreifende Partei vor, schleunigst den Kampfplatz zu verlassen und durch die verschiedenen Ausgänge zu verschwinden, sodas es nicht möglich war, die Betroffenen festzufassen.

